

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXV. Jahrgang, Nr. 1

Jänner 1952

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Stabilisierungstendenzen — Saisonbedingt leichtes Sinken der Preise — Uneinigkeit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze; Die Insolvenzen im Jahre 1951 — Arbeitslage — Verkehr; Die Verkehrsleistungen im Jahre 1951 — Außenhandel; Der Außenhandel im Jahre 1951*

### Entwicklungstendenzen des österreichischen Stromverbrauches

### Die Rohwarenmärkte im IV. Quartal 1951

### Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

### Stabilisierungstendenzen — Saisonbedingt leichtes Sinken der Preise — Uneinigkeit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs

Die in den vergangenen Monaten eingeleiteten währungs- und geldpolitischen Maßnahmen beginnen langsam Früchte zu tragen. Das Volumen der kommerziellen Kredite ist im Dezember trotz der üblichen Anspannung des Geldmarktes zu Weihnachten zurückgegangen, und die Spareinlagen sind im Jänner stärker als saisonmäßig gestiegen. Den Stabilisierungsbemühungen der österreichischen Wirtschaftspolitik kommen gegenwärtig aber auch Saisoneinflüsse sehr zu-statten: vor allem der Rückgang der Einzelhandelsumsätze nach Weihnachten, die geringere Investitionstätigkeit der privaten und öffentlichen Wirtschaft und das Sinken der Beschäftigung in den Wintermonaten.

Die leicht sinkende Tendenz der Groß- und Kleinhandelspreise übersteigt im ganzen jedoch kaum das saisonbedingte Ausmaß, obwohl in einzelnen Branchen (z. B. bei Textilien, Schuhen, Waschmitteln) auffallende Absatzschwierigkeiten bestehen. Der normale Verlauf der Arbeitslosigkeit, die hohe und zunächst kaum noch durch Absatzschwierigkeiten beinträchtigte Industrieproduktion sowie die unverändert feste Preistendenz auf den Agrarmärkten deuten darauf hin, daß die Tiefenwirkung der bisher eingeleiteten Maßnahmen nicht überschätzt

werden darf. Noch sind keine stärkeren und dauerhaften konjunkturellen Kräfte — etwa eine nachhaltige Erhöhung der Sparrate, eine vorsichtige Lagerdisposition des Handels oder ein Nachlassen der Investitionsneigung — zu erkennen, die für eine Tendenzumkehr sprächen.

Die künftige konjunkturelle Entwicklung der österreichischen Wirtschaft läßt sich um so weniger vorhersehen, als die wirtschaftspolitischen Auffassungen über die notwendigen weiteren Stabilisierungsmaßnahmen stark auseinandergehen. Der Forderung nach konsequenter Fortsetzung eines marktwirtschaftlichen Stabilisierungsprogrammes, nach Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Einschränkung von langfristigen Investitionen in konsumfernen Zweigen sowie schrittweiser Lockerung der Lenkungsmaßnahmen im Außenhandel steht die mit großer Entschiedenheit vertretene Forderung gegenüber, „Vollbeschäftigung“ durch ein weiterhin hohes Investitionsvolumen zu sichern. Eine rasche Einigung über den grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Kurs im Jahre 1952 erscheint dringend geboten. Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren, daß es für die Wirtschaftspolitik fast ausgeschlossen ist, die sich regelmäßig im Sommer und Herbst zusammendrängenden

wirtschaftspolitischen Probleme zu meistern, wenn nicht bereits im Frühjahr schrittweise mit ihrer Lösung begonnen wird.

Das allgemeine *Preisniveau* ist von Mitte Dezember bis Mitte Jänner leicht gesunken. Die Großhandelspreise gingen von 843 auf 838 und die Kleinhandelspreise von 668 auf 667 zurück (März 1938 = 100). Der Lebenshaltungskostenindex des Institutes (nach einem friedensmäßigen Verbraucherschema) ist hauptsächlich wegen saisonmäßiger Verteuerungen von Äpfeln und Spinat noch um 0,2% (von 706,8 auf 708,2; April 1938 = 100) gestiegen, wobei allerdings die Ende Jänner verfügten Preissenkungen noch nicht berücksichtigt wurden.

Im Rahmen der freiwilligen *Preissenkungsaktion* der gewerblichen Wirtschaft wurden bisher Preise von 69 Warengruppen im Durchschnitt um 5% herabgesetzt und dadurch die Lebenshaltungskosten um 2% verbilligt. Wohl hat sich der Lebenshaltungskostenindex seit Oktober 1951 noch um 5,8%<sup>1)</sup> erhöht. Durch die Anpassung der offiziellen Fleischpreise an die tatsächlichen Marktpreise stieg der Index um 3,3%, weitere 2,5% entfielen auf die durch Lohn erhöhungen bereits abgeholte Neuregelung der Mieten und 1,3% auf die saisonmäßige Verteuerung von Obst, Gemüse und Kartoffeln. Echte, nicht saisonmäßige Preissteigerungen waren nur bei Kaffee, Reis, Marmelade und Holz zu beobachten. Sie wurden jedoch durch Preisrückgänge bei den der Preissenkungsaktion unterworfenen Waren um 2% sowie dadurch, daß die Preise für Obst, Gemüse und Kartoffeln weniger anzogen, als saisongemäß zu erwarten war<sup>2)</sup> (der saisonbereinigte Preisindex für diese Waren ist demnach gesunken), überkompensiert.

Die Fortsetzung der Preissenkungen wird durch den saisonmäßigen Rückgang der Konsumentennachfrage erleichtert. Nachdem bereits die Belegung der Einzelhandelsumsätze im Dezember mit 60% geringer als im Vorjahr war (82% im Dezember 1950), dürften die Einzelhandelsumsätze im Jänner — wie einzelne Umsatzmeldungen oder die Ergebnisse ausgedehnter Saisonäumungsverkäufe erkennen lassen — besonders schwach gewesen sein. Hält diese Entwicklung an, so könnten sich die freiwilligen Preissenkungen der letzten Monate nachträglich als durchaus „marktgerecht“ erweisen und nicht nur den Konsumenten niedrigere Preise sichern, sondern auch Produzenten und Händler vor Absatzschwierigkeiten bewahren.

<sup>1)</sup> Einschließlich der Preissenkungen Ende Jänner für Schuhe und Kernseife

<sup>2)</sup> Die Preise für Obst und Gemüse sowie Kartoffeln stiegen von Oktober bis Jänner in den Jahren 1949 und 1950 um 121% und 98%, im Jahre 1951 hingegen nur um 22%

Im Gegensatz zum leichten Preisdruck auf den Märkten für gewerbliche Konsumgüter ist das Angebot an wichtigen Lebensmitteln weiterhin knapp. Dank saisonmäßig höheren Schlachtungen werden gegenwärtig die offiziellen Kleinhandelspreise für Schweinefleisch nicht überschritten. Im Frühjahr und Sommer ist jedoch wieder mit einer übersaisonnmäßigen Angebotsverknappung zu rechnen, da der Schweinebestand niedriger als im Vorjahr ist. Unter diesen Umständen werden die Fleischpreise wohl nur durch stärkere Lenkungsmaßnahmen auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden können. Auch bei Milch und Molkereiprodukten sind wegen der Maul- und Klauenseuche, die sich trotz allen Vorkehrungen im Frühjahr weiter ausbreiten dürfte, Versorgungsschwierigkeiten zu befürchten. Nicht zuletzt bleibt die Ablieferung an Brotgetreide weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück — bis Ende 1951 wurden erst 186 000 t aufgebracht —, so daß bis zur neuen Ernte wahrscheinlich eine Lücke in der Brotgetreideversorgung von 80 000 bis 100 000 t entstehen dürfte, die durch zusätzliche Importe überbrückt werden muß.

Die kreditpolitischen Maßnahmen vom Herbst 1951 beginnen sich nunmehr auch quantitativ auszuwirken. Das gesamte *Geldvolumen* ist wohl im Dezember noch um 245 Mill. S gestiegen; das Volumen der Kommerzkredite konnte jedoch trotz saisonbedingter Anspannung erstmalig um 155 Mill. S eingeschränkt werden. Die starke Entlastung der Notenbank im Jänner — der Gesamtumlauf der Nationalbank (Noten und freie Giroverbindlichkeiten) ist um 584 Mill. S und ihr Wechsel-Portefeuille um 251 Mill. S zurückgegangen — läßt erkennen, daß sich die Währungsbehörden bemühen, die Entwicklung des Geldvolumens stärker unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Spareinlagen sind im Dezember noch um 46 Mill. S zurückgegangen, dürften sich aber — nach Meldungen einzelner Kreditinstitute — im Jänner stärker erhöht haben.

Der Saisonrhythmus auf dem *Arbeitsmarkt* entspricht bei einem um 2% höheren Beschäftigtenstand weitgehend dem vom Winter 1950/51. Die Zahl der Beschäftigten ist im Dezember 1951 etwas stärker (um 74.800) zurückgegangen als im Dezember 1950 (67.800), die Zahl der Arbeitslosen ist aber nur um 59.100 gestiegen gegen 64.300 im Jahre 1950. Im Jänner ist wohl die Arbeitslosigkeit um 45.100 Personen gestiegen gegen nur 36.600 im Vorjahr; die Zunahme seit Oktober ist jedoch noch immer geringer (125.200 gegen 129.500 im Jahre 1950/51). Der vorwiegend saisonmäßige Charakter der hohen Winterarbeitslosigkeit geht vor allem daraus hervor, daß

65% der seit Oktober 1951 entlassenen Arbeitskräfte zuletzt im Bau- und Baunebengewerbe beschäftigt waren. Nur vereinzelt (in der Bekleidungs- und Metallwarenindustrie) haben auch Exportschwierigkeiten zu Entlassungen und Kurzarbeit geführt.

Die *Energielage* hat sich im Dezember weiter entspannt. Dank mildem Wetter brauchten im Dezember nur 127 Mill. kWh Strom kalorisch erzeugt werden. Da die Dampfkraftwerke ausreichend mit Kohle eingedeckt sind, ist – sofern nicht unvorhergesehene Störungen eintreten – mit einer klaglosen Stromversorgung in den Wintermonaten zu rechnen. Stärkere Produktionseinschränkungen wegen Stromknappheit sind nur in Ranshofen notwendig. Dank den hohen amerikanischen Kohlenlieferungen ist auch die Kohlenversorgung der österreichischen Wirtschaft gesichert. Insgesamt standen im letzten Quartal 1951 aus heimischer Produktion und Einfuhren 2,291.100 t Kohle (SKB) zur Verfügung, um 27% mehr als im letzten Quartal 1950.

Die *Industrieproduktion* stieg trotz Saisonrückgängen in den Metallhütten und in der Baustoffindustrie im November noch um 0,9% und überschritt mit 182% von 1937 den bisherigen Höchststand vom Juni 1951 (181% von 1937). Vor allem in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Zuckerkampagne), in der Elektro- und Maschinenindustrie sowie in den Eisenhütten und Gießereien wurde mehr als im Vormonat erzeugt. Im Dezember dürfte die Produktion nach den bisher vorliegenden Daten (Bergbau – 11%, Eisenhütten – 3%, Papierindustrie – 6%, Tabakerzeugung – 23%) saisongemäß und wegen der Arbeitsruhe in der Weihnachtszeit um etwa 10% gesunken sein. Der flauere Geschäftsgang im Einzelhandel hat bisher – von wenigen Ausnahmen abgesehen – den Inlandsabsatz der Industrie nicht beeinträchtigt. Hingegen wird in einigen Branchen (z. B. Textilindustrie, Metallwarenindustrie) nicht nur wegen des hohen inländischen Kostenniveaus, sondern auch in-

folge Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen wichtiger Handelspartner der Export immer schwieriger.

Der Beschluß, adressierte Clearing- und Devisengeschäfte (Kopplungsgeschäfte) bis zu 10% der Gesamtausfuhr zuzulassen, wird zweifellos den Fertigwarenexport etwas erleichtern. Diese Maßnahme, die praktisch auf eine teilweise Abwertung und auf eine Spaltung des Devisenmarktes hinausläuft und daher für eine Übergangsperiode empfohlen werden kann, wird allerdings zusammen mit den sonstigen Exportförderungsmaßnahmen der jüngsten Zeit (Erhöhung der Umsatzsteuerrückvergütung, Befreiung der Exportkredite von den Beschränkungen des Kreditabkommens) nur dann den gewünschten Erfolg zeitigen, wenn es gleichzeitig gelingt, die Inlandspreise stärker zu senken. Die *Außenhandelsergebnisse* vom Dezember sind wohl im ganzen gesehen nicht unbefriedigend. Die Ausfuhr stieg gegenüber November um 151 Mill. S und erreichte mit 997 Mill. S fast das wiederholte genannte Exportziel von 1 Mrd. S monatlich. Auch die kommerzielle Einfuhr erzielte mit 1.115 Mill. S einen neuen Höhepunkt. Die hohe Dezemberausfuhr ist jedoch vorwiegend Saisoneinflüssen zu verdanken (der saisonbereinigte Index der Ausfuhr ist um 7,6% niedriger als im Juli) und wird daher in den kommenden Monaten nur schwer zu halten sein.

Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die nunmehr endgültig auf 120 Mill. \$ eingeschränkte ERP-Hilfe für 1951/52 zwar höher ist, als nach den ersten Meldungen angenommen werden durfte, aber dennoch sehr knapp bemessen ist. Jedenfalls wird im 1. Halbjahr 1952 über bedeutend weniger Auslandshilfe verfügt werden können als im 2. Halbjahr 1951 (63 Mill. \$ ERP-Lieferungen und 23 Mill. \$ zur Abdeckung des Defizits gegenüber der EZU), während der Einfuhrbedarf infolge des Defizits in der Brotgetreideversorgung eher zunehmen wird.

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 11 bis 19

Obwohl die Kreditrestriktion immer fühlbare wird, ist das *zirkulierende Geldvolumen*<sup>1)</sup> im Dezember um weitere 245 Mill. S<sup>2)</sup> (von 17.260 Mill. S auf 17 505 Mill. S<sup>2)</sup>) gestiegen. Der *Banknotenumlauf* erhohnte sich um 173 Mill. S und überschreitet erstmalig die 8-Milliarden-Grenze (um 32 Mill. S); die Scheckkonten stiegen um 74 Mill. S<sup>2)</sup> (auf 8 892 Mill. S<sup>2)</sup>), während die ins Geldvolumen einzurechnenden freien Nationalbankgiro Guthaben um 3 Mill. S zurückgingen.

Einschließlich seiner Erhöhung im Dezember ist das zirkulierende Geldvolumen im Jahre 1951 um 2.897 Mill. S<sup>2)</sup> oder 19,8% gestiegen. Am stärksten hat der Notenumlauf – um 1 683 Mill. S oder 26,5% – zugenommen; die Scheckeinlagen stiegen um 1 621 Mill. S<sup>2)</sup> oder 22,3% und die nicht Kreditinstituten gehörenden freien Nationalbankgiro Guthaben sanken um 407 Mill. S oder 41,2%.

Trotz saisonbedingt hohem Geldbedarf (Jahresultimo, Weihnachtssonderzahlungen) sind die *kommerziellen Kredite* im Dezember absolut – um 156 Mill. S auf 11 152 Mill. S – zurückgegangen. Dadurch wurde die Zunahme der ERP-finanzierten *Aufbaukredite* um 192 Mill. S (auf 4 074 Mill. S) größtenteils kompensiert, so daß das *gesamte Kreditvolumen* nur um 37 Mill. S (auf 15 227 Mill. S) stieg. Das Geldvolumen ist aber teilweise dadurch gestiegen, daß sich der ausgewiesene *Devisenbestand* der Nationalbank um 132 Mill. S (auf 583 Mill. S) erhohnte und von den *Sparkonten* bei den Kreditinstituten um 46 Mill. S mehr abgehoben als eingezahlt wurde. Teilweise müssen aber – wenn die vorläufigen Zahlen über das Kreditvolumen und die Scheckeinlagen nicht noch stark korrigiert werden – auch noch andere expansive Faktoren wirksam gewesen sein, wobei insbesondere an eine Kassenbestandserhohung der Kreditinstitute und eventuell auch an Schatzscheinkredite an den Staat zu denken ist<sup>3)</sup>. Es wurden nämlich im Dezember allein durch die Counterpartkonten-Bundesnotenschuld-Gebahrung 101 Mill. S aus dem Umlauf gezogen<sup>4)</sup>, so daß die Aufrechnung der expansiven

und der restriktiven Faktoren einschließlich der tatsächlichen Geldvolumenzunahme ein überwiegen der restriktiven Seite ergibt, das durch das Nichtauftreten expansiver Faktoren zu erklären ist.

Auch die Analyse der Erhöhung des erfaßten Kreditvolumens nach ihren Quellen gibt ähnliche Hinweise. Den Kreditinstituten flossen im Dezember 518 Mill. S an Notenbankgeld und 29 Mill. S an neuen Einlagen<sup>5)</sup> zu. Von diesen insgesamt 547 Mill. S haben die Kreditinstitute 37 Mill. S für die Ausweitung des Kreditvolumens und 379 Mill. S zur Erhöhung ihrer freien Giroreserven bei der Nationalbank verwendet. Es verbleibt ein unaufgeklärter Rest, der – neben einer eventuellen Verwendung für Schatzscheinkredite an den Bund – von den Kreditinstituten per Jahresultimo zur Erhöhung ihrer Kassenbestände benutzt worden sein dürfte. Ende Dezember verstärkten nämlich die Kreditinstitute die Bemühungen, ihren im ersten Kreditabkommen vom 6. April 1951 übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, ab 1. Jänner 1952 eine 30%ige Liquiditätsreserve zu halten, wovon ein Drittel liquide Mittel I. Grades (Kassa, freie Nationalbankgiro Guthaben, Postsparkassenguthaben) sein sollen. Zwar dürfte der Liquiditätsstatus der Kreditinstitute im Durchschnitt bereits vorher der 30%-Bestimmung genügt haben, doch war der Anteil der liquiden Mittel I. Grades ungenügend. Die Institute haben daher lediglich liquide Mittel II. Grades in solche I. Grades umwandeln müssen, was per Ende Dezember durch Vorlage von rediskontierbaren Handelswechseln in Höhe von 168 Mill. S, Aufbauwechseln für 225 Mill. S, Besatzungskostenschatzscheinen für 112 Mill. S und Liquiditatsstutzungsschatzscheinen für 13 Mill. S bei der Nationalbank geschehen ist. Ein Teil der so umgewandelten Beträge wurde auf die freien Girokonten der Kreditinstitute ubetragen, was zur Folge hatte, daß der sogenannte „Gesamtumlauf“ (Banknotenumlauf plus alle freien Girokonten bei der Nationalbank) beträchtlich zunahm, ohne die wirkliche Nachfrage zu steigern.

Der *Kapitalmarkt* zeigte auch im Dezember keine Reaktion auf die verschiedenen Bemühungen um Währungsstabilisierung. Die *Spareinlagen* haben – wie bereits erwähnt – im Dezember um weitere 46 Mill. S abgenommen und überschreiten den Stand

Counterpartkonten) des Notenbankausweises um 180 Mill. S gesunken. Gleichzeitig wurden aber von der Bundesnotenschuld (Förderung an den Bundesschatz) 281 Mill. S abgebucht und stehen zur Finanzierung von Aufbauwechseln (ERP-Industrieinvestitionen) zur Verfügung.

<sup>5)</sup> Zunahme des Gesamtbestandes der Spar- und Scheckeinlagen

<sup>1)</sup> Banknotenumlauf plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten plus nicht auf Kreditinstitute lautende freie Giro Guthaben bei der Nationalbank

<sup>2)</sup> Vorläufige Zahlen

<sup>3)</sup> Die Kreditstatistik weist die Kredite, welche die Kreditinstitute für Bundesschatzscheine an den Bund gewähren (Kassenstutzungsschatzscheine, Besatzungskostenschatzscheine), nicht aus.

<sup>4)</sup> Im Zuge von Erloseinzahlungen und (größeren) Abhebungen freigegebener Beträge ist die Post „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten an öffentliche Stellen“ (in der Hauptsache

von Ende Dezember 1950 nur mehr um 76 Mill. S (im Jahre 1950 war noch eine Zunahme von 528 Mill. S zu verzeichnen). Immerhin kann der Rückgang der Spareinlagen im Dezember 1951 saisonmäßige Ursachen haben (verstärkte Abhebungen zweckgesparter Beträge, insbesondere durch die Sparvereine), wenn auch in den Jahren 1948 und 1949 keine Saisonrückgänge beobachtet wurden<sup>1)</sup> Auf dem Effektenmarkt sind die *Aktienkurse* bis Mitte Jänner 1952 weiter gestiegen (um 3 3% auf 451·3; März 1938 = 100) und liegen – gemessen am Kursindex von 36 Industrieaktien – bereits um 84·1% über dem Kursniveau von Mitte Jänner 1951. Besonders auffallend war die Kurssteigerung (um 9·8%) bei Aktien der Papierindustrie im Jänner. Der Aktienhaussiege entsprechend waren die Kurse der im *Index festverzinslicher Werte* erfaßten Papiere weiter rückläufig. Der Kurs der 5%igen Aufbauanleihe 1949 wurde unverändert auf 87 S per 100 S Nominale gehalten, und der Kurs der 2%igen Bundesschuldverschreibungen 1947 stieg aus den im vorigen Bericht erwähnten Gründen (Ankündigung kursstützender Maßnahmen, Herannahen eines Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabetermines) bis Mitte Jänner um 5·9% auf 49·50 S per 100 S Nominale.

Anfang Jänner sind im Zusammenwirken zwischen der Bundesregierung und der Sondermission für wirtschaftliche Zusammenarbeit weitere 400 Mill. S aus dem ERP-Counterpartkonto freigegeben worden. Die Aufteilung dieser Mittel ist noch nicht bekannt. Wie immer in den letzten Jahren handelt es sich um eine Rahmenfreigabe, welcher im Laufe der Zeit die tatsächlichen Abbuchungen auf Grund von Einzelfreigabebescheiden folgen. Bei den freigegebenen 400 Mill. S handelt es sich wahrscheinlich nicht um eine zusätzliche Freigabe auf Rechnung des Jahres 1951; der Betrag dürfte vielmehr auf das (noch zu schaffende) Freigabeprogramm 1952 angerechnet werden.

## Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten 2 1 bis 2 8

Die freiwillige *Preissenkungsaktion* der gewerblichen Wirtschaft wurde im Jänner, wenn auch in geringerem Umfang als in den beiden Vormonaten, fortgesetzt. Einige Branchen – vor allem die Schuhbranche und die Seifenindustrie – senkten ihre Preise zum zweitenmal seit Beginn der Preissenkungsaktion. Dies dürfte durch die Rohstoffverbilligung erleichtert worden sein. Aber auch der Nachfragerückgang übte

einen gewissen Druck aus. Wo sich die Rohstoffe nicht verbilligt haben – insbesondere die inländischen Rohstoffpreise sind bemerkenswert stabil oder zeigen sogar weiter steigende Tendenz (z. B. Holz) – und die Nachfrage nicht oder nur wenig nachgelassen hat (z. B. auf dem Markt für Investitionsgüter), wird es schwierig sein, weitere ins Gewicht fallende Erfolge der Preissenkungsaktion in kurzer Frist zu erreichen.

Zum erstenmal seit Beginn der Stabilisierungsbestrebungen ist der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes etwas zurückgegangen (von Mitte Dezember 1951 bis Mitte Jänner 1952 um 0·6%, von 843 auf 838; März 1938 = 100), wobei sowohl Nahrungs- und Genußmittel als auch Industrierohstoffe im Durchschnitt etwas billiger wurden. Im Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel wirkte sich der Rückgang der Großhandelspreise für Rindfleisch stärker aus als die (saisonzuschlagsbedingten) Verteuerungen von Weizen, Roggen, Hafer und Mais; bei den Industrierohstoffen wurde die Verteuerung von Holz (Brennholz, Bau- und Nutzholz) durch Preisrückgänge bei Baumwolle, Wolle, Leder, Kautschuk (alle weltmarktbedingt) und durch eine kleine Ermäßigung der Benzin- und Petroleumpreise überkompensiert.

Die Kleinhandelspreise sind in der Berichtsperiode – wenn man die Saisonfaktoren ausschaltet – im Durchschnitt leicht zurückgegangen. Der Kleinhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes, der keine saisonempfindlichen Obst- und Gemüsepreise erfaßt, ist daher auch von Mitte Dezember auf Mitte Jänner etwas – von 668 auf 667; März 1938 = 100 – gesunken. Der *Lebenshaltungskostenindex* des Institutes (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) berücksichtigt hingegen die saisonbedingten Verteuerungen. Vorwiegend wegen des Preisanstieges bei Spinat und Äpfeln stieg er von Mitte Dezember auf Mitte Jänner noch um 0·2% (von 706·8 auf 708·2; April 1938 = 100).

Von den im Index enthaltenen Waren wurden ferner Reis und insbesondere Brennholz teurer. Die Eierpreise hingegen sind gesunken. Lagerräumungen (Kühlhauseier, Kalkeier), Importe und erhöhte Legetätigkeit (infolge der warmen Witterung) sind die Ursache. Einige nach dem Stichtag der Erhebung (Monatsmitte) vorgenommene Preissenkungen (Schuhe um weitere 5%, berechnet vom Ausgangspreis der ersten 5%igen Preissenkung, und die im Index erfaßte Kernseife um weitere 12%, berechnet vom letzten Preis) konnten in den Index nicht mehr aufgenommen werden und werden sich erst im Februarindex auswirken.

<sup>1)</sup> Nur im Dezember 1950 gingen die Spareinlagen ähnlich stark zurück.

Auf den *reagiblen Märkten* (Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum für Gold, Silber, Diamanten, Perserteppiche, Briefmarken und Pelze; „schwarze Devisenkurse“) haben sich die Preise von Mitte Dezember bis Mitte Jänner im allgemeinen nicht geändert. Nur die Devisenkurse lagen Ende Dezember um 2% niedriger als Ende November und unterschritten den Ende Oktober erreichten Jahreshöhepunkt um 3,9%.

Auf dem Lohnsektor herrschte in der Berichtsperiode beinahe vollkommene Ruhe. Durch eine neue Steuer („Wohnbauförderungsbeitrag“ von 1 S pro Woche<sup>1)</sup>), die aber vom lohnsteuerpflichtigen Lohn absetzbar ist, ging der *Arbeiternettotariflohnindex*<sup>2)</sup> nur geringfügig (Index einschließlich Kinderbeihilfen von 723,4 auf 722,9; April 1945 = 100) zurück.

## Ernährung

Dazu statistische Übersichten 31 bis 33

Da die ERP-Lieferungen von Fetten stark abgenommen haben<sup>3)</sup>, die Vorräte aufgebraucht und kommerzielle Importe infolge der Devisenknappheit nur beschränkt möglich waren, mußte der *Verbrauch von importierten Fetten im Jahre 1951 durch Rationierung*<sup>4)</sup> etwas gekürzt werden. Direkt an Konsumenten wurden 21 788 t Schmalz (7 803 t aus ERP-Lieferungen und 13 985 t aus kommerziellen Importen), 12 170 t Margarine, 5 974 t Kunstspeisefett, 2 819 t Speiseöl oder zusammen 42 751 t bewirtschaftete Fette<sup>5)</sup> ausgegeben. Außerdem wurden an Fremdenverkehrsbetriebe 380 t Schmalz und 850 t Pflanzenfette, an verarbeitende Industrien und Gewerbe 2 100 t Pflanzenfette<sup>6)</sup> zugeteilt sowie 1 100 t Schmalz und 4 000 t Pflanzenfette aus nicht subventionierten Importen (davon 3 600 t Speiseöl) frei verkauft. Insgesamt verbrauchten daher die Nichtselbstversorger im Jahre 1951 51 181 t importierte Fette (23 268 t Schmalz, 27 913 t pflanzliche Fette) oder etwa 9,5 kg je Kopf.

Demgegenüber wurden im Jahre 1950 allein für den Direktabsatz an Konsumenten 53 345 t importierte Fette (23 747 t ERP-Schmalz, 29 598 t Margarine,

Kunstspeisefett und Öl) ausgeliefert. Über die Zuteilungen an Fremdenverkehrs- und verarbeitende Betriebe liegen keine Angaben vor; es ist jedoch sicher, daß sie niedriger waren als im Jahre 1951, da der Bedarf insbesondere nach der Freigabe und Verbilligung des ERP-Schmalzes teilweise aus der Konsumquote gedeckt wurde. Aber selbst wenn man den zusätzlichen Verbrauch des Fremdenverkehrs und der Verarbeitungsbetriebe sowie den Konsum von freiem Öl nicht berücksichtigt, war der Verbrauch von importierten Fetten im Jahre 1951 um 2 164 t oder 4% niedriger als im Vorjahr.

*Vorgesehene Zuteilungen und Auslieferungen von Importschmalz, Margarine, Kunstspeisefett und Öl in den Jahren 1950 und 1951<sup>1)</sup>*

Fettart	1950		1951	
	vorgesehene <sup>2)</sup> Menge	ausgelieferte Menge	vorgesehene <sup>2)</sup> Menge	ausgelieferte Menge
		in t <sup>3)</sup>		
ERP-Schmalz	23 573	23 747	9 471	7 803
Importschmalz <sup>4)</sup>	—	—	13 178	13 985
Margarine			12 061	12 170
Kunstspeisefett			5 973	5 974
Öl			2 810	2 819
Insgesamt	55 990	53 345	43 493	42 751

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung  
Direktabsatz an Konsumenten — <sup>2)</sup> Auf Grund der Verteilungspläne — <sup>3)</sup> Reinfettwert. — <sup>4)</sup> Aus kommerziellen Importen

Dieser Ausfall konnte auch durch den Konsum von Butter oder Schmalz (Speck) aus Schlachtungen nicht ausgeglichen werden. Die erfaßte Marktleistung an Butter sank von 16 200 t im Jahre 1950 auf 13 900 t im Jahre 1951 (– 14%), der errechnete Konsum trotz Erhöhung der Importe (von 500 t auf 790 t) um 2 000 t (12%). Tatsächlich dürfte jedoch der Butterverbrauch der Nichtselbstversorger weniger gefallen sein, da offenbar mehr Landbutter abgesetzt wurde als im Vorjahr. Über die Marktbelieferung mit Speck und Schmalz aus Schlachtungen liegen keine verlässlichen Angaben vor; da viel weniger Fettschweine eingeführt wurden (12 518 q im Jahre 1951 gegenüber 29 826 q im Jahre 1950) und auch die Anlieferungen von Fleischschweinen, die für die Fettversorgung zwar ziemlich unbedeutend sind, vor allem wegen geringerer Einfuhren (50 621 q im Jahre 1950, 29 245 q im Jahre 1951) gesunken sind, erreichte der Verbrauch von Schmalz aus Schlachtungen nicht den Vorjahresstand.

Da eine weitere Senkung des Fettverbrauches aus vielen Gründen bedenklich scheint, ist man bemüht, die Versorgung mit Importschmalz, Margarine, Kunstspeisefett und Speiseöl zumindest im bisherigen Umfang zu sichern oder zu verbessern, zumal das Angebot an anderen Fetten zunächst kaum zunehmen dürfte. Bisher ist es jedoch noch nicht gelungen, die

<sup>1)</sup> Den gleichen Betrag pro Woche und Beschäftigten hat auch der Arbeitgeber zu zahlen

<sup>2)</sup> Für Verheiratete mit 2 Kindern in Industrie und Gewerbe in Wien

<sup>3)</sup> Für die ERP-Einfuhr von Fetten und Ölen wurden im Jahre 1950 noch 6,2 Mill. \$, im Jahre 1951 nur 5 Mill. \$ autorisiert. Der Wert der tatsächlichen Lieferungen sank von 9,9 Mill. \$ im Jahre 1950 auf 4,8 Mill. \$ im Jahre 1951.

<sup>4)</sup> Anfang Jänner 1951 wurde der Verbrauch von Importschmalz (ERP), Kunstspeisefett und Margarine, der erst Ende April 1950 freigegeben worden war, wieder rationiert

<sup>5)</sup> Alle Zahlen (auch die folgenden) in Reinfettwerten

<sup>6)</sup> Hauptsächlich Halbprodukte

angestrebte Deckung des Bedarfes an Schmalz für ein halbes Jahr im voraus sicherzustellen. Anfang Jänner 1952 waren 1 875 t Schmalz vorhanden. Mit den im Dezember und Jänner freigegebenen 1'8 Mill. \$ für Direkteinkäufe in den USA<sup>1)</sup> werden 4 650 t importiert; ein Teil davon ist schon hier, die restlichen Lieferungen dürften bis Ende März eintreffen. Aus früheren Importabschlüssen (mit Holland und Belgien) sind noch 1 763 t ausständig; die Lieferung eines Teiles davon (1 050 t aus Belgien) ist jedoch zweifelhaft. Mit diesen Mengen (einschließlich der unsicheren Importe insgesamt 8 288 t) kann der Rationsbedarf (im Jänner 1 442 t, ab Februar 1 731 t monatlich) nicht einmal bis Ende Mai (es fehlen 100 t) gedeckt werden. Berücksichtigt man noch die Zuweisungen an Fremdenverkehrsbetriebe (50 bis 100 t monatlich), so reicht diese Menge nur etwa bis Mitte Mai. Andererseits müßte man gerade jetzt Vorräte für die nächsten Monate anlegen, da die Schmalzpreise saisonbedingt niedriger sind<sup>2)</sup>.

Die Versorgung mit Margarine, Kunstspeisefett und Speiseöl ist auf Grund der Rohstoffvorräte und der abgeschlossenen Importe für etwa ein halbes Jahr gesichert. Ob jedoch eine Erhöhung des Verbrauches möglich sein wird, ist noch sehr fraglich. Größere Rationen würden zusätzliche Devisen und Subventionsmittel<sup>3)</sup> beanspruchen. Das freie Angebot, das vorwiegend aus Kompensationsgeschäften und Clearinglieferungen der Oststaaten stammt und den Devisenhaushalt nicht belastet, ist dagegen wegen der hohen Preise (22 bis 28 S je kg) nur beschränkt absetzbar.

Um das knappe Butterangebot gleichmäßig zu verteilen, sollte ursprünglich die Bewirtschaftung von Butter wieder eingeführt werden. Wegen verschiedener Schwierigkeiten<sup>4)</sup> hat man sich jedoch nur auf

<sup>1)</sup> In letzter Zeit wird Schmalz vorwiegend gegen freie Dollar aus den USA importiert, da die Ware billiger ist als beim Bezug aus Teilnehmerländern (meist Reexport von USA-Schmalz) und auch die Qualität eher garantiert ist. Devisenmäßig entsteht dadurch kein Nachteil, da die Nationalbank ohnehin laufend Spitzen bei der EZU in Dollar ausgleichen muß.

<sup>2)</sup> Während der Preis frei Grenze bei den Anfang Dezember abgeschlossenen Importen aus den USA 9 102 bis 9 119 S je t betrug sank er bis Anfang Jänner auf 8 533 bis 8 546 S je t.

<sup>3)</sup> Im Jahre 1951 wurden 25 200 t Fettrohstoffe (Reinfettwert) im Gesamtwert von 280 4 Mill. S mit 203 6 Mill. S subventioniert (72 6%). Im I. Halbjahr betrug die Subvention durchschnittlich 9 370 S je t (77% des tatsächlichen Wertes), im 2. Halbjahr 6 492 S je t (66%). Der Rückgang des Stützungsbetrages (-31%) war zu drei Vierteln den niedrigeren Importpreisen, zu einem Viertel der Erhöhung der Inlandspreise zuzuschreiben.

<sup>4)</sup> Die gesetzliche Grundlage für die Bewirtschaftung wurde teilweise bestritten, da man die Aufzählung der Produkte

eine gleichmäßigere Verteilung durch Vorbestellung (Rayonierung) geeinigt. Auf Grund der Ergebnisse des I. Halbjahres 1951 rechnet man für die nächsten Monate mit einem verfügbaren Angebot von durchschnittlich 1 200 t (1 050 t inländische Marktleistung, 60 bis 100 t Importe, der Rest aus Vorräten). Davon sollen je 20 dtg an die 5 3 bis 5 5 Mill. Nichtselbstversorger (1 060 bis 1 100 t) und 150 000 Gemeinschaftsverpflegte (30 t) ausgegeben werden, der Rest an Fremdenverkehrsbetriebe. Der Butterabsatz zu freien Preisen dürfte sich nunmehr vorwiegend auf Landbutter beschränken.

Im Jahre 1951 wurden 790 t Butter im Werte von 18 Mill. S und 745 t Käse im Werte von 10 Mill. S eingeführt, andererseits jedoch 333 t Käse im Werte von 5 6 Mill. S ausgeführt. Da die Versorgung mit Käse (insbesondere mit Schmelzkäse) noch immer ausreichend ist, wäre es vielleicht zweckmäßiger, an Stelle von Käse Butter einzuführen und den Käseexport einzustellen, sofern es handelspolitisch möglich ist. Im Jahre 1951 hätten auf diese Weise 400 t Butter zusätzlich eingeführt werden können; der Verbrauch wäre um etwa 3% gestiegen.

Im Jahre 1951 wurden 28 308 q Eier (rund 45 Mill. St) im Werte von 34 Mill. S (aus Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Türkei) eingeführt, d. s. ebensoviel wie im Vorjahr. Davon wurden 10 5 bis 11 Mill. St eingelagert (1950: 8 6 Mill. St). Der Gesamtbestand für den Winter (einschließlich inländischer Ware) betrug 25 Mill. Kühleier und 4 5 Mill. Kalkeier gegenüber insgesamt etwa 10 Mill. im Vorjahr. Das milde Wetter begünstigte auch die Legetätigkeit, so daß das Angebot ausreichend und die Preise relativ niedrig waren. Während inländische Eier nach dem 5. Preis-Lohn-Abkommen um durchschnittlich 20% teurer waren als im Vorjahr, lagen die Preise im Dezember und Jänner teilweise darunter. Die geregelten Preise für Importeure waren dagegen um 10 bis 30% höher als im Vorjahr.

## Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten 3 4 bis 3 10

Da die Böden vor dem Einsetzen strengen Frostes in der zweiten Jännerhälfte größtenteils mit Schnee bedeckt waren, sind die Herbstsaaten gut geschützt. Größere Frostschäden sind nicht zu befürchten. Das kalte Wetter ist auch für die Obstbäume günstig, da der Saftstrom zurückgehalten wird.

Im Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz für taxativ hält und Butter darin nicht enthalten ist. Außerdem schienen es nicht zweckmäßig, das Verarbeitungsprodukt zu bewirtschaften, wenn der Rohstoff frei war. Schließlich haben die Bundeshandels- und die Landwirtschaftskammer die Bewirtschaftung abgelehnt.

Die Ende Jänner 1952 abgeschlossene Zuckerkampagne erbrachte 143 200 t Weißzucker gegen 103.300 t im Jahre 1950/51. Da 1 06 Mill. t Zuckerrüben verarbeitet wurden, betrug die durchschnittliche Ausbeute 13 5% gegenüber 12 2% im Vorjahre. Die den Fabriken gelieferten Rüben wurden von 38.400 ha geerntet, was einem Hektarertrag von 277 q entspricht. Die Anbaufläche war damit um 35% und der Gesamtertrag um 25% höher als im Jahre 1950, der Hektarertrag jedoch um 8% niedriger. Der hohe Zuckerrübenpreis (35 S je q) sowie die Anbaukredite und Erntevorschüsse lassen erwarten, daß die Anbaufläche im Frühjahr 1952 über das Vorkriegsmaß (40.000 ha i. J. 1937) hinaus vergrößert werden wird. Ein intensiverer Zuckerrübenbau ist notwendig, um den Inlandsbedarf an Zucker zu decken und mehr Futtermittel für Schweine und Rinder bereitzustellen.

Die Kartoffelernte 1951 war schätzungsweise um 200 000 t geringer als im Vorjahr. Der Gesamtertrag dürfte nur annähernd 2 35 Mill. t erreicht haben gegen 2 48 Mill. t im Durchschnitt 1926/35. Da der Verbrauch von Speise- und Industriekartoffeln 700 000 t und der von Pflanzgut 400 000 t beträgt, stehen im laufenden Wirtschaftsjahr nach Berücksichtigung des Schwundes (10% der Ernte) 1 05 Mill. t für Futterzwecke zur Verfügung, um 150 000 t weniger als im Jahre 1950/51. Hohe Schweinepreise und damit relativ hohe Verwertungserlöse bei der Fütterung sowie Mangel an verbilligtem Auslandsmais und hohe Preise für Inlands-Futtergetreide führten im Herbst 1951 vorübergehend zu einer Verknappung und Verteuerung von Speisekartoffeln. In dem Maße jedoch, wie sich im Winter die Versorgung mit Importmais besserte und das saisonmäßig wachsende Angebot von Schlachtvieh auf die überhöhten Schweinepreise drückte, stieg die Anlieferung von Speisekartoffeln, die außerdem noch durch das milde Wetter begünstigt war. Der Großhandelspreis für Speisekartoffeln — Wiener Notierung für runde, gelbe Sorten — betrug im Jänner 1952 62 50 S je 100 kg gegen 48 — S im Jänner 1951; der höhere Preis entspricht etwa dem höheren Verwertungserlös bei der Verfütterung von Kartoffeln an Schweine im Winter 1951/52. Bei Speisekartoffeln dürfte der Anschluß an die neue Ernte, wenn auch bei saisonbedingt etwas erhöhten Preisen, ohne größere Schwierigkeiten gefunden werden.

Weniger günstig ist die Versorgung mit Industriekartoffeln. Während in der Kampagne 1950/51 103 000 t aus der Inlandsernte verarbeitet wurden, stehen heuer nur 80 000 t zur Verfügung. Benachteiligt war besonders die Stärkeindustrie, die auf

Grund fixierter Preise für Stärkeprodukte nur 42% je 100 kg Kartoffeln (Basis 17% Stärkegehalt) frei Bahnstation bezahlen konnte, während die Preise für Speisekartoffeln und der Verwertungserlös bei Verfütterung erheblich höher lagen<sup>1)</sup>. An die Stärkefabriken wurden daher um 37% weniger Kartoffeln aus der Inlandsernte geliefert, ihre Kapazität wurde nur zu 70% ausgenützt und die Kampagne war bereits Mitte Dezember beendet. Günstiger schnitten die landwirtschaftlichen Brennereien ab, die in der laufenden Kampagne ebensoviel Kartoffeln wie im Vorjahre verarbeiten können, obgleich die Brennereien keinen höheren Preis für Kartoffeln zahlen als die Stärkeerzeuger. Die Rohstoffversorgung der Brennereien ist günstiger, teils weil der Kontakt zwischen den Genossenschaften und ihren Mitgliedern auch räumlich sehr eng ist<sup>2)</sup>, teils weil Schlempe, die an die Mitglieder abgegeben wird, als Futtermittel für Rinder sehr geschätzt ist.

#### Industrielle Kartoffelverarbeitung in Österreich<sup>1)</sup>

Jahr	zu Stärke Insgesamt	Verarbeitung davon in		zu Alkohol	Insgesamt	davon aus Inlandsernte
		Gmünd N Ö	Aschach O Ö.			
in 1 000 t						
1937/38	50	—	—	60	110	110
1946/47	48	36	12	—	48	48
1947/48	13	6	7	—	13	13
1948/49	44	32	12	—	44 <sup>2)</sup>	34
1949/50	36	27	9	11	47	47
1950/51	75	51	24	40	115 <sup>3)</sup>	103
1951/52	40	29	11	40 <sup>4)</sup>	80	80

<sup>1)</sup> Nach Angaben der Österreichischen Kartoffelverwertungs-A G und des Brennereiverbandes — <sup>2)</sup> Davon 10.000 t aus Importen. — <sup>3)</sup> Davon 4 600 t aus Importen und 7 700 t aus Lohnverarbeitung für das Ausland — <sup>4)</sup> Schätzung

Der Versuch, das unzureichende Angebot von Brotgetreide durch Zuteilung verbilligter Auslandsfuttermittel zu intensivieren, hatte bisher nur geringen Erfolg. Zwar wurden im Dezember 1951 26 541 t, davon 14 344 t Weizen und 12 197 t Roggen, aus der Inlandsernte auf den Markt gebracht gegen nur 22 107 t (10 747 t, 11 360 t) im Dezember 1950; auch die gesamte Marktleistung war Ende 1951 (186 062 t) etwas höher als Ende 1950 (177 531 t). Gegenüber 1949 (191 456 t Pflichtlieferungen plus

<sup>1)</sup> Normalerweise liegt der Erzeugerpreis für Speise-Spätkartoffeln um 10 bis 15% über dem Preis für unsortierte Industriekartoffeln. Im Herbst 1951 jedoch waren die Preise für Speisekartoffeln um 30 bis 40% höher; der Verwertungserlös in der Schweinemast war fast um 50% größer.

<sup>2)</sup> Österreich besitzt 2 Stärkefabriken mit Verarbeitungskapazitäten von 45 000 t (Gmünd, N Ö) und 15 000 t (Aschach, O Ö), dagegen über 50 landwirtschaftliche Genossenschaftsbrennereien mit nur je 1 000 t Kapazität oder ein geringes mehr. Die Einzugsgebiete erstrecken sich bei den Stärkefabriken über große Teile zweier Bundesländer, bei den Brennereien jedoch nur auf Teile von Gerichtsbezirken.



schätzungsweise 50 000 t freie Verkäufe) blieb jedoch die Leistung erheblich zurück. Da eine Krise in der Brotgetreideversorgung droht, wenn nicht bedeutend mehr Getreide aufgebracht wird, wurde die Zahlung der Ablieferungsprämie von 15 — S je 100 kg bis Ende Februar verlängert.

Das Angebot von *Fleisch* hat saisongemäß zugenommen. Dennoch hielt sich der durchschnittliche Marktpreis für Lebenschweine ab Hof des Produzenten in Niederösterreich mit 15 — bis 17 — S je kg im Dezember 1951 und 14 — bis 16 — S im Jänner 1952 noch über dem festgesetzten Höchstpreis (12,50 S). Allerdings wird der für Schlachtschweine ausgegebene Futtermittelbezugschein meistens dazu verwendet, einen Teil der Spanne zwischen effektivem Marktpreis und amtlichem Höchstpreis zu decken<sup>1)</sup>. Obwohl sonst die Schlachtviehpreise im Februar und März saisonbedingt zurückgehen, sind heuer stärkere Preistückgänge wenig wahrscheinlich. Dazu trägt besonders die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche bei, — weniger weil sie Gewicht und Leistung der erkrankten Tiere verringert, als vielmehr wegen der umfassenden veterinärpolizeilichen Maßnahmen, die den Handel und Transport mit Schlachtvieh engen.

## Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Im Dezember war die Energieversorgung zufriedenstellend. Verhältnismäßig große Kohlenimporte sowie eine hohe inländische Kohlenförderung und Stromerzeugung ermöglichten eine reichliche Belieferung der einzelnen Verbrauchergruppen.

Die gesamte Stromerzeugung betrug im Monat Dezember 424 Mill. kWh. Dank dem milden Winterwetter konnte der kalorische Anteil auf 127 Mill. kWh gehalten werden. Fast die Hälfte davon wurde aus Erdgas und Heizöl erzeugt. Die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke erhöhten sich daher bis 31. Dezember 1951 auf 253.496 t (SKB), während der Heizölvorrat auf 3.037 t zurückging.

Die Stromeinfuhren — hauptsächlich aus Jugoslawien — betragen rund 9 Mill. kWh. Der Export blieb mit 20 Mill. kWh gegenüber dem Vormonat ziemlich unverändert.

<sup>1)</sup> Die Schweinelieferanten haben zwar Anspruch auf den Bezug von 200 kg (bis 31. Dezember 1951 300 kg) verbilligten Auslandsmais. Doch ist es üblich geworden, den Futtermittelbezugschein nur gegen entsprechende Vergütung (durchschnittlich 50 — S je 100 kg Futtermittel) an Schweineproduzenten weiterzugeben, wodurch sich der Preis je kg Lebenschwein ab Hof entsprechend verringert.

Der Stromverbrauch stieg auf 407 Mill. kWh, d. s. um 6% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres.

Nach der vorläufigen Energiestatistik des Bundeslastverteilers erreichte die Gesamterzeugung an elektrischer Energie im Jahre 1951 5.655 Mill. kWh und übertraf damit die des Vorjahres um 15%<sup>2)</sup>. 4.591 kWh stammten aus Wasserkraftwerken und 1.063 Mill. kWh aus Dampfkraftwerken (1950: 4.066 Mill. kWh und 845 Mill. kWh). Die kalorische Stromerzeugung war um 26%, die hydraulische aber nur um 13% größer als im Jahre 1950.

Der gesamte inländische Stromverbrauch<sup>3)</sup> erreichte 4.756 Mill. kWh, um 15,7% mehr als im Jahre 1950. Nach Abzug der größeren Lieferungen an die Aluminiumhütte Ranshofen verbleibt eine Verbrauchssteigerung um 12%. Der Stromexport hat in der gleichen Zeit um 18% zugenommen.

Die inländische Kohlenförderung ging im Dezember saisonbedingt ein wenig zurück. Da sich die zahlreichen Investitionen bereits auswirken, konnte der österreichische Kohlenbergbau im vergangenen Jahr bedeutende Produktionsfortschritte erzielen.

Der Steinkohlenbergbau, der mit 7,3% der gesamten Inlandsförderung nur eine geringe Rolle spielt, konnte die Produktion gegenüber 1950 um 7% erhöhen.

Die inländische Braunkohlenförderung erreichte 4.99 Mill. t (154% von 1937), um 681.000 t (15,8%) mehr als im Jahre 1950. In der Steiermark wurden allein 64,3% der Gesamtmenge gefördert. Am stärksten stieg die Produktion gegenüber dem Jahr 1950 in Niederösterreich (57,7%), Kärnten (51%) und der Steiermark (13,3%).

Trotz dieser Leistungssteigerung des österreichischen Kohlenbergbaues wurden nur 31% des Brennstoffbedarfes aus eigener Produktion gedeckt. Die Beschaffung der notwendigen Auslandskohle bleibt ein Zentralproblem unserer Handelspolitik.

Im Jahre 1951 wurden 5.23 Mill. t Kohle (SKB) eingeführt, d. s. zwar um 3,8% mehr als im Jahre 1950, aber um 4,7% weniger als im Jahre 1949. Während die Steinkohleneinfuhr geringfügig hinter der Vorjahresmenge zurückblieb, stieg der Braunkohlen- und Koksimport um 27,3% und 19,2%.

Die Struktur der Steinkohleneinfuhr hat sich wesentlich verändert. Infolge der europäischen Kohlenkrise ging der deutsche Importanteil im Laufe

<sup>2)</sup> Erzeugung in den Kraftwerken der öffentlichen Versorgung einschließlich der Lieferungen von industriellen Eigenanlagen an das öffentliche Netz.

<sup>3)</sup> Ohne Eigenverbrauch der Industrie und ohne Bahnkraftwerke.

des Jahres immer mehr zurück, und auch die Oststaaten lieferten weniger. Die drohende Brennstoffkrise konnte schließlich nur durch Importe aus den USA abgewendet werden, die von Juli 1951 bis Jahresende insgesamt 813.817 t Steinkohle erreichten. Auch in den nächsten Monaten werden noch erhebliche Mengen aus den Vereinigten Staaten erwartet. Von den rund 4,25 Mill. t eingeführten Steinkohlen stammten 48% aus Deutschland, 25% aus Polen, 19% aus den Vereinigten Staaten, der Rest aus der ČSR, dem Saargebiet und Bulgarien.

Die Kohleneinfuhren blieben im Dezember zwar unter den Rekordmengen der beiden Vormonate, lagen aber doch über dem Jahresdurchschnitt. Nachdem sich die Industrie wieder besser eingedeckt hat, und dem „Hausbrand“ größere Mengen zugewiesen werden konnten, ist nunmehr auch die Versorgung der Haushalte für diesen Winter sichergestellt. Die amerikanischen Kohlentransporte ermöglichen eine höhere Koksproduktion in Linz, was teilweise ebenfalls dem Hausbrand zugute kommt.

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1951 7,645.244 t Kohle (SKB) zur Verfügung. Von den einzelnen Verbrauchergruppen erhielten Industrie und Bergbau sowie die Stromerzeugung um 17 und 22% mehr als im Vorjahr, die Kokerei Linz und die Bahnen hingegen nur geringfügig mehr, während die Zuteilung an Gaswerke und Hausbrand sogar unter dem Vorjahrsniveau lag.

## Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten 5.1 bis 5.22

Die Industrieproduktion ist auch im November leicht gestiegen (0,9%) und überschritt den bisherigen Höchststand vom Juni 1951. Diese hohe Produktionsleistung wurde trotz saisonbedingten Rückschlägen in der Metallhütten-, Baustoff- und eisenschaffenden, sowie in anderen Industrien vollbracht. Im Dezember dürften allerdings die Saisoneinflüsse das Übergewicht über die expansiven Kräfte bekommen haben.

Der Konsumgüterindex hat sich trotz dem Rückgang in der Textil-, Leder- und Schuhindustrie sowie in der chemischen Erzeugung im November um 1,3% auf 140,6% von 1937 erhöht, während der Index der dauerhaften Güter nur um 0,6% auf 232,1% von 1937 gestiegen ist. Infolge gleich hoher Beschäftigtenzahl erhöhte sich der Produktivitätsindex geringfügig auf 106,7% von 1937.

Die Weltkonjunktur hat die Produktionsgüterindustrien begünstigt. Trotz teilweiser Rohstoffknappheit und mancherlei Schwierigkeiten, die überbrückt werden mußten, wurden große Produktions-

und Exporterfolge erzielt. Dadurch wurde die schon bestehende Spanne zwischen Investitionsgüter- und Konsumgüterproduktion noch vergrößert.

Die Bergbauproduktion, welche im November annähernd auf dem Vormonatsstand gehalten werden konnte, ging im Dezember saisongemäß um 11,1% auf 152,5% von 1937 zurück. Der Index liegt damit aber immer noch um 9% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Vor allem die Eisen- und Metallförderung nahm ab.

Die vorläufigen Jahresergebnisse der Bergbauproduktion liegen um 19,1% über jenen des Vorjahres. Die Eisenerzförderung betrug infolge Ausbaues und Verbesserung der Förderanlagen 2,369.672 t gegenüber 1,859.413 t im Jahre 1950 (+27,4%). Hier von entfallen auf den Steirischen Erzberg einschließlich Radmer 2,184.000 t, auf Hüttenberg (Kärnten) 175.600 t und auf Schäferöztz (Salzburg) 10.072 t. Die Erze wurden überwiegend in den Hochofen von Donawitz und Linz verhüttet. Nach Deutschland und Belgien wurden 195.000 t Röstesz exportiert.

Auch die Metallförderung ist infolge Erweiterung und Modernisierung der Betriebe gestiegen.

Die Salzproduktion nahm ebenfalls zu.

Der Index der Magnesiumindustrie stieg im Dezember wieder leicht (1%). Im Durchschnitt des Jahres 1951 war die Produktion mit 193,3% von 1937 um 23% höher als im Jahre 1950. Vor allem wurde mehr Roh- und Sintermagnesium erzeugt, während Kaustik gegenüber dem Vorjahr leicht zurückblieb.

Im Dezember ging der Produktionsindex der eisenschaffenden Industrie infolge geringerer Walzwarenerzeugung um 2,7% zurück, obwohl die Roheisenproduktion erstmalig die 100.000 t-Grenze überschritt und die hohe Rohstahlerzeugung anhielt.

Die volle Ausnützung der bestehenden Kapazität ließ die gesamte Erzeugung im Jahre 1951 um 12% über die von 1950 steigen und 178% von 1937 erreichen. Die Roheisen- und Rohstahlproduktion überschritt erstmalig die Millionengrenze. An Walzware wurden im Jahre 1951 (1950) 648.043 t (584.184 t), an Preß- und Hammerwerkserzeugnissen 28.137 t (23.160 t) erzeugt.

Die Eisen- und Stahlwerke haben in das neue Jahr sehr hohe Auftragsbestände für Kommerzeisen übernommen. Die andauernde Knappheit an Walzware erzwingt Lieferfristen, die zwischen 12 und 18 Monaten liegen. Vor allem ist ein Mangel an Fein- und Mittelblechen sowie an Stabeisen (besonders Winkel- und Formeisen) und dünnem Betoneisen festzustellen.

Die Knappheit an Walzware wird jedoch erst dann gemildert werden können, wenn das sich noch

auf mehrere Jahre erstreckende Investitionsprogramm der Alpine und der VÖEST durchgeführt sein wird. Die bisher schon fertiggestellten Anlagen und die in näherer Zukunft anlaufenden können die Versorgungslage nur wenig entspannen. Ein erhöhter Eigenbedarf der Hüttenwerke (Investitionen) wird heuer die Marktenge auf dem Walzeisensektor noch verschärfen. Zur Milderung des gegenwärtigen Walzwarenmangels werden Stahlknüppel aus Belgien und Luxemburg eingeführt und gegen Rösterze kompensiert.

Die Versorgung der Schwerindustrie mit Ferrolegierungen erfuhr im Jahre 1951 große Änderungen. Einerseits mußten zum Teil erhebliche Preissteigerungen in Kauf genommen werden, andererseits wurden die für die Edeltahlerzeugung nötigen Metalle der Kontrolle der IMC unterstellt. Allen Schwierigkeiten zum Trotz waren keine größeren Produktionseinschränkungen notwendig. Die Entwicklung auf dem Schrottmarkt war weit ungünstiger.

Die Erzeugung der *Metallhütten* sank im November saisonbedingt um 17,5%. Das Aluminiumwerk Ranshofen arbeitet infolge geringer Stromlieferung nur mehr mit einem Zehntel seiner Kapazität.

Die Jahresproduktion in Ranshofen erhöhte sich von 12.000 t im Jahre 1950 auf über 20.000 t im Jahre 1951. Die Erhöhung war vor allem der besseren Stromversorgung zu verdanken.

Die *Gießerei*produktion stieg im November um weitere 6,5% und erreichte 287,4% von 1937. Bei Grauguß und Stahlguß sind die Produktionsfortschritte am größten. Die Erzeugung von Metallguß konnte aus Mangel an Rohmaterial nicht gesteigert werden. Die Koksversorgung wurde erst im späten Herbst durch größere Lieferungen der VÖEST entspannt, nachdem größere Mengen amerikanischer Kohle eingetroffen waren. Die gelichteten Lager konnten aber noch immer nicht ergänzt werden.

Der Produktionsindex der *Fahrzeugindustrie* ging im November um 2,7% auf 234,2% von 1937 zurück. Vor allem das Assembling von Personenkraftwagen, aber auch die Erzeugung von Fahrrädern und Traktoren war niedriger als im Vormonat.

Die Steyr-Daimler-Puch-A. G. erreichte im Jahre 1951 eine Rekordproduktion. Besonders auf dem Gebiet der Traktoren-, Kugellager- und Motorradherstellung wurden gegenüber 1950 beachtliche Steigerungen erzielt. Die Jagdwarenproduktion hat sich mehr als verdoppelt. Die Exporte der Steyr-Werke gingen in fast alle europäischen und überseeischen Länder und die Exportquoten schwankten zwischen 40 und 90%.

Der Produktionsindex der *Maschinenindustrie* erreichte im November einen Höchststand mit 268,2% von 1937. Die Entwicklung war in den einzelnen Positionen uneinheitlich.

Die Mikrooptikindustrie ist gut beschäftigt und konnte sich dank ihrer Qualitätsarbeit auf dem Weltmarkt ausbreiten. 93% der Gesamterzeugung werden nach Europa und Übersee ausgeführt.

In der *Elektroindustrie* ist der Produktionsindex im November auf 272,2% von 1937 gestiegen. Mit Ausnahme der Radioindustrie wurde in allen Sparten mehr erzeugt als im Vormonat.

Die Großfirmen melden für das vergangene Jahr starke Ausweitungen des Produktionsvolumens und beachtliche Betriebserfolge. Gleichzeitig wurden zahlreiche Investitionen realisiert.

In der Radioindustrie ist in den letzten Monaten der Absatz saisonmäßig zurückgegangen. Auch die Apparateexporte sind rückläufig, da zu hohe Preise die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie gegenüber den billigeren westdeutschen, englischen und schwedischen Apparaten beeinträchtigen.

Der saisonbedingte Produktionsrückgang in der *Baustoffindustrie* hat sich im November fortgesetzt. Der Index sank um 8,9%. Vor allem die Ziegelerzeugung ging stark zurück. Die Nachfrage nach Baustoffen ist derzeit gering. Sie beschränkt sich nur auf Materialien, die für die Fortführung der Winterarbeiten erforderlich sind.

Die Zementindustrie hat im abgelaufenen Jahr 1,5 Mill. t Zement hergestellt, gegenüber 1,29 Mill. t im Jahre 1950. Die Werke laufen auf vollen Touren. Für die Kraftwerkbauten wird heuer mehr Zement gebraucht werden. Das Werk Kirchbichl bei Wögl dürfte im Frühjahr mit seinen erweiterten Anlagen in Betrieb gehen.

Der Index der *chemischen Industrie* ging im November um 5,6% zurück. Die Rohstoffversorgung und Absatzgestaltung ist nicht einheitlich. Während die Erzeugung von Seife und Waschpulver, Teerprodukten, Zündhölzern und Düngemitteln geringer war als im Vormonat, konnte die Erzeugung in anderen Zweigen erhöht werden.

Die Stickstoffwerke in Linz haben im Jahre 1951 große Fortschritte erzielt. Die Produktion von Kalkammonsalpeter hat nach vorläufigen Schätzungen 435.000 t betragen, um 70.000 t oder 20% mehr als im Jahre 1950. Der Inlandsabsatz von Kalkammonsalpeter erhöhte sich um 11.000 t auf 105.000 t, die Exporte blieben mit 295.000 t annähernd gleich. Verpackungsschwierigkeiten (Säckemangel) hemmten

zeitweise den Versand. Ein neu errichteter Silo erhöhte die Lagerkapazität auf 120.000 t. Die Investitionen der Stickstoffwerke werden im heurigen Jahr ihren Höhepunkt erreichen. Ab Frühjahr 1952 wird voraussichtlich ein zweiter Stickstoffdünger (Ammonsulfat) auf den Markt gebracht werden. Eine Gipschwefelsäurefabrik und eine Superphosphatanlage befinden sich im Ausbau. Auch die Erzeugung von organischen Chemikalien und Arzneimitteln soll intensiviert werden.

Die Produktion der *Papierindustrie* ging im Dezember saisonbedingt um 6 1% zurück. Die Erzeugung im Jahre 1951 lag um 10% höher als im Jahre 1950. Sie ist in allen Sparten gestiegen. Eine stärkere Auswirkung der großen Investitionen kann erst heuer erwartet werden.

Die *Leder- und Schuherzeugung* ging im Berichtsmonat um 3 8% zurück. Vor allem die Leder- und Schuherzeugung erlitt Einbußen.

Im Jahre 1951 wurden über 8 Millionen Paar Schuhe erzeugt, davon über 5 Millionen Paar Lederschuhe, um 20% mehr als im Jahre 1950.

Auf dem Häute- und Ledermarkt deuten verschiedene Umstände auf eine rückläufige Preistendenz. Infolge der Normalisierung der Preis- und Angebotslage wird vom Handel wieder auf Sortiment und fehlerfreie Ware besondere Aufmerksamkeit gelegt.

Die *Textilerzeugung* ist im Berichtmonat um 1 9% gesunken. Der auf einen 30-Tage-Monat berechnete Index beträgt 125 7% von 1937. Während der Baumwollverbrauch (Garnproduktion) gegenüber dem Vormonat um rund 10% und der Verbrauch von Schafwolle ebenfalls geringfügig zurückging, blieb der Zellwolleverbrauch annähernd gleich und die Produktion in der Bastfaserindustrie stieg sogar.

In der Zellwolleindustrie (Lenzing) hat sich die Konjunktur wesentlich abgeschwächt. Etwa ein Drittel der Produktion wird exportiert und stößt zunehmend auf Absatzschwierigkeiten. Nur ihrer besonderen Qualität verdankt es die Lenzinger Zellwolle, daß sie sich trotz dem erhöhten Wertzoll auf den deutschen Märkten noch behauptet.

Da sich die Produktion in den meisten Sparten der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* gut entwickelte, stieg der Gesamtindex um 17 5%. Die gesteigerte Zuckerproduktion ließ auch mehr Melasse anfallen. Dadurch ist der Bedarf der heimischen Hefeindustrie voll gedeckt. Auch der Spirituserzeugung wird mehr als im Vorjahr zugeführt werden können.

Die *Tabakwarenerzeugung* ging im Dezember um 23% zurück. Im Jahre 1951 wurden um 671 Mill.

Stück (11%) mehr Zigaretten erzeugt als im Vorjahr. Die Tabakerzeugung (Zigaretten- und Pfeifentabak) blieb annähernd gleich, während die Zigarettenproduktion zurückging.

## Umsätze

Dazu statistische Übersichten 6 1 bis 6 3

Im Dezember waren die Geschäfte des Einzelhandels trotz unterschiedlicher Entwicklung in einzelnen Branchen ziemlich befriedigend; der Gesamtindex der Einzelhandelsumsätze stieg gegenüber dem Vormonat um 60%<sup>4)</sup>. Das Umsatzvolumen von Dezember 1950, das unter dem Einfluß der Haussestimung (Preisaufrtrieb, Gerüchte über bevorstehende Bewirtschaftung) übersaisonnmäßig hoch war, wurde jedoch nicht erreicht. Die ruhigere Geschäftsentwicklung seit September 1951 ist teils eine Folge geringerer Realeinkommen, teils — dies dürfte vor allem für die beiden letzten Monate zutreffen — durch die dank den Stabilisierungsmaßnahmen allmählich wiederkehrende Sparneigung bedingt. Ähnlich wie in anderen Ländern dürfte nun auch bei uns nach der sprunghaften Umsatzsteigerung in den letzten Jahren eine Periode ruhigerer Geschäftstätigkeit begonnen haben, um so mehr als der Nachholbedarf der Konsumenten großteils gedeckt ist.

Die Geschäftsbelebung war nicht einheitlich; teilweise blieb das Weihnachtsgeschäft hinter den Erwartungen zurück. Während die Warenhäuser um 78% (im Vorjahr 80%) mehr umsetzten als im November, stiegen die Erlöse im Fachhandel um 61% (84%), in den Konsumgenossenschaften (hauptsächlich Lebensmittelhandel) dagegen nur um 33% (50%). Trotzdem wurde das Umsatzvolumen vom Dezember 1950 bei den Konsumgenossenschaften knapp erreicht, im Fachhandel und den Warenhäusern jedoch unterschritten.

Am stärksten belebte sich im Dezember die Nachfrage nach den unter „Sonstiges“ zusammengefaßten minderwertigen Waren (+ 157%), da in diese Gruppe vorwiegend Geschenkartikel fallen. Unter anderen stiegen die Umsätze von *Lederwaren* um 192%, *Papierwaren* um 147%, *Parfümeriewaren* um 97%. Mengenmäßig wurde allerdings durchwegs weniger abgesetzt als im Dezember 1950.

Auch die Käufe von *Textilien* nahmen saisongemäß (+ 58%) zu (der Saisonindex steigt je nach Warenart um 40 bis 70%); das Umsatzvolumen war jedoch viel geringer als im Dezember 1950. Infolge der Feiertage nahm die Nachfrage nach *Lebensmitteln*

<sup>4)</sup> Endgültige Ergebnisse liegen für Dezember noch nicht vor, da eine Reihe von Umsatzmeldungen infolge der Jahresabschlusarbeiten nicht rechtzeitig eingetroffen ist.

quantitativ und qualitativ zu und die Erlöse des Lebensmitteleinzelhandels stiegen erwartungsgemäß (um 54%) Mengennäßig wurden die Umsätze von Dezember 1950, die durch Vorratskäufe (insbesondere Fett) stark überhöht waren, nicht erreicht. Im Handel mit *Schuhen* (+ 39%), *Möbeln* und *Wohnbedarf* (+ 41%) erfüllten sich dagegen weder die Saison-erwartungen (+ 100%) noch wurden die Realumsätze vom Dezember 1950 erreicht.

Nur der Absatz von *Tabakwaren* stieg stärker als im Vorjahr (13% gegenüber 11%) und war auch mengenmäßig um 17% höher als im Dezember 1950, vor allem infolge der Verlagerung vom schwarzen Markt auf den legalen

Die Einnahmen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) waren im Dezember mit 431 Mill. S gleich hoch wie im Vormonat. Da die Einzelhandelsumsätze im November gesunken waren (- 9%), hat sich offenbar der Geschäftsgang in den vorgelagerten Stufen stärker belebt (Auslieferung der Weihnachtsbestellungen an die Letztverteiler).

Auch an *Verbrauchssteuern* ging fast ebensoviel ein wie im Vormonat (143 Mill. S). Die vorwiegend saisonbedingt geringeren Einnahmen aus Biersteuer (- 25%), Zuckersteuer (- 27%), Salzsteuer (- 19%), Weinsteuer (- 8%) wurden durch den höheren Ertrag der Mineralöl- und der Tabaksteuer (+ 16 und + 1%) weitgehend ausgeglichen.

Die Umsatzsteuer (einschließlich Bundeszuschlag) brachte im *Jahre 1951* insgesamt 3 46 Mrd. S ein, gegenüber 2 09 Mrd. S im Vorjahr (+ 66%). Schaltet man die höheren Umsatzsteuersätze in den letzten vier Monaten aus, so beträgt die Steigerung nur 42%. Demgegenüber hat der Index der Einzelhandelsumsätze von 1950 auf 1951 nach vorläufigen Berechnungen nur um rund 30% zugenommen. Die Differenz erklärt sich teils aus der stärkeren Umsatzsteigerung in den Vorstufen (Lagerzuwachs im Einzelhandel), teils aus der progressiven Umsatzsteuerbelastung<sup>1)</sup>, die erst im August aufgehoben wurde.

Der Ertrag aus Verbrauchssteuern (einschließlich Zuschläge) stieg von 1 40 Mrd. S im Jahre 1950 auf 1 57 Mrd. S im Jahre 1951 (+ 13%). Dieser Zuwachs ist teils den höheren Steuersätzen (vor allem Mineralölsteuer), teils dem erhöhten Verbrauch (Tabak, Bier, Zucker) zuzuschreiben. Nur die Eingänge an Weinsteuer nahmen um rund 20 Mill. S (25%) ab. Freilich wurde ab Februar 1951 die steuerliche Belastung

<sup>1)</sup> Der allgemeine Steuersatz (einschließlich Bundeszuschlag) betrug bis zur letzten Neuregelung bei Jahresumsätzen bis zu einer Million Schilling 3%, bei höheren Umsätzen 3 75%. Mit dem steigenden Preisniveau ist der Anteil der höher besteuerten Umsätze ständig gewachsen.

des Weines durch die Herabsetzung des Aufbauschlages um 50% vermindert (von 100 S auf 50 S je *hl*). Dieser Steuerausfall sollte jedoch durch eine Weinverbrauchsabgabe von 2% des Verkaufspreises ausgeglichen werden, die beim Letztverteiler eingehoben wird. Obwohl im Jahre 1951 schätzungsweise 50.000 *hl* mehr Wein versteuert wurden als im Vorjahr<sup>2)</sup>, hat sich diese Erwartung nicht erfüllt, da der Ertrag der Weinverbrauchsabgabe offenbar geringer ist, als man auf Grund der versteuerten Weinmenge angenommen hätte<sup>3)</sup>. Wie weit dieser Unterschied auf Lagerzuwachs beim Handel oder auf unrichtigen Steuererklärungen beruht, ist schwer festzustellen.

### Eingänge an Umsatz- und Verbrauchssteuern in den Jahren 1950 und 1951

Steuerart	1950 <sup>1)</sup>	1951 <sup>2)</sup>	1951 in % von 1950
	Mill. S		
Umsatzsteuer <sup>3)</sup>	2 088 7	3 456 2	165 5
Verbrauchssteuern <sup>4)</sup>	1 395 3	1 574 2	112 8
davon			
Tabaksteuer <sup>5)</sup>	997 7	1 069 5	107 2
Mineralölsteuer <sup>5)</sup>	109 5	205 5	187 7
Biersteuer <sup>5)</sup>	154 4	176 9	114 5
Weinsteuer <sup>5)</sup>	79 1	59 0 <sup>6)</sup>	74 6
Zuckersteuer	34 4	36 4	105 9
Zündmittelsteuer	7 8	10 0	128 8
Leuchtmittelsteuer	6 0	10 4	172 3
Salzsteuer	4 9	5 0	101 5

<sup>1)</sup> Rechnungsabschluß — <sup>2)</sup> Vorläufige Angaben des Bundesministeriums für Finanzen — <sup>3)</sup> Einschließlich Bundeszuschlag — <sup>4)</sup> Einschließlich Aufbauschläge — <sup>5)</sup> Einschließlich Weinverbrauchsabgabe

### Die Insolvenzen im Jahre 1951

Die Zahl der Insolvenzen ist im Jahre 1951 erstmals seit 1947 gefallen<sup>1)</sup>. Insgesamt wurden 534 Insolvenzfälle (278 Konkurse und 256 Ausgleichs) gezählt, um 48 Fälle oder 8% weniger als im Vorjahr<sup>2)</sup>.

<sup>2)</sup> Aus dem Ertrag der Weinsteuer einschließlich Aufbauschlag und den geltenden Steuersätzen für Wein (die Besteuerung von Obst- und Beerenmost muß dabei unberücksichtigt bleiben) läßt sich für 1950 eine versteuerte Weinmenge von 790.000 *hl*, für 1951 von 840.000 *hl* errechnen.

<sup>3)</sup> Der Ertrag der Weinverbrauchsabgabe von 13 4 Mill. S entspricht einem Verkaufserlös von etwa 682 Mill. S. Demgegenüber beträgt der Verkaufswert der von Februar bis Dezember versteuerten Weinmenge bei einem durchschnittlichen Konsumentenpreis von 13 bis 14 S je *l* rund 1 Mrd. S.

<sup>4)</sup> Über die Entwicklung der Insolvenzen von 1947 bis 1950 siehe Monatsberichte Nr. 3, Jg. 1950, S. 125 ff. („Die Insolvenzen in Österreich seit Kriegsende“) und Nr. 1, Jg. 1951, S. 25 ff. („Die Insolvenzen im Jahre 1950“).

<sup>5)</sup> In diesen Zahlen sind die mangels Vermögen abgewiesenen Konkursanträge nicht enthalten. Sie stiegen von 137 im Jahre 1950 auf 341 im Jahre 1951. Es handelt sich da vorwiegend um kleine und mittlere Lohnbetriebe (insbesondere Tischler, Schuhmacher, Schneider), deren Aktiven aus nichtpfändbaren Betriebsmitteln (Werkzeuge) bestehen und deren Gläubiger die Krankenkassen sind. Diese Insolvenzen sind jedoch weder kapitalmäßig noch konjunkturell bedeutsam und beruhen vielfach auf zu hohen Privatentnahmen.

Die beim Wiener Handelsgericht registrierten Wechselklagen<sup>1)</sup> sanken von 4 786 auf 4 443 (-7%) Aber auch die vom Kreditschutzverband behandelten außergerichtlichen Ausgleiche haben beträchtlich abgenommen (von 42 auf 15 Fälle). Andererseits ist der Anteil der Insolvenzen am Zuwachs an Unternehmungen (aber nicht an der Gesamtzahl) weiter gestiegen, da die Zahl der Neugründungen i. J. 1951 weiter abgenommen, die der Löschnngen dagegen zugenommen hat.

### Insolvenzen, Wechselklagen, Neugründungen und Löschnngen in Österreich

Jahr	Konkurse <sup>1)</sup> Zahl der Fälle 1937 100	Ausgleich <sup>2)</sup> Zahl der Fälle 1937 100	Wechselklagen Wien <sup>3)</sup>	Neugrün- dungen <sup>4)</sup> Anzahl	Löschn- ngen <sup>5)</sup>	Insol- venz- rate <sup>6)</sup>
1937	473	100 0	868	100 0		
1947	20	4 2	9	1 0	475	1 449
1948	87	18 4	76	8 8	1 683	1 567
1949	199	42 1	179	20 6	2 810	1 495
1950	298	63 0	284	30 6	4 786	1 384
1951	278	58 8	256	29 5	4 443	1 265

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — <sup>2)</sup> Nach Angaben des Handelsgerichtes Wien — <sup>3)</sup> Nach den Eintragungen protokollierter Firmen im Handelsregister veröffentlicht im Zentralanzeiger — <sup>4)</sup> Insolvenzen (Konkurse und Ausgleiche zusammen) in % des Nettowachses (Neugründungen abzüglich Löschnngen) an Unternehmungen

Die Schulden der insolventen Unternehmen können auf Grund einer Teilerhebung von 64 Fällen und den Erfahrungen des Kreditschutzverbandes allein bei den gerichtlich eröffneten Konkurs- und Ausgleichsverfahren auf insgesamt etwa 140 Mill. S (1950: 110 bis 120 Mill. S) oder durchschnittlich 260.000 S je Fall (1950: 200.000 S) geschätzt werden. Durchschnittlich 50% der gesamten Schuldensumme (einschließlich bevorrechtete Forderungen) — bei Konkursen 25%, bei Ausgleichen 70% — waren durch die vorhandenen Aktiven gedeckt, so daß der nominelle Kapitalverlust aus diesen Insolvenzen etwa 70 Mill. S betrug. Die finanzielle Lage der insolventen Betriebe war im Durchschnitt schlechter als im Vorjahr (damals waren etwa 60% der Gläubigeransprüche durch das vorhandene Vermögen gedeckt; der Kapitalverlust belief sich auf 45 bis 50 Mill. S), da bei günstiger Konjunktur vorwiegend sehr stark verschuldete oder mit wenig Verantwortungsbewußtsein geführte Unternehmen notleidend geworden sein dürften<sup>7)</sup>.

Da nur Teile des Vermögens (die zur Weiterführung des Betriebes entbehrlich sind) in die Kon-

<sup>1)</sup> Wechselproteste sind vielfach die Folge einer nun vorübergehenden Illiquidität. Zu einer Wechselklage kommt es meist erst bei länger anhaltender Zahlungsunfähigkeit.

<sup>2)</sup> Dafür spricht auch die hohe Zahl von abgewiesenen Konkursanträgen mangels Vermögens. Im Interesse der Gläubiger wurden daher schon wiederholt verschärfte Schutzmaßnahmen (Entzug der Gewerbeberechtigung bei abgewiesenem Konkursantrag) verlangt.

kurs- bzw. Ausgleichsmasse einbezogen werden können, waren die vereinbarten Quoten im Durchschnitt niedriger als der Anteil der Aktiven an den Passiven. Während bei Ausgleichen durchschnittlich 50% geboten wurden (gewogen mit der Höhe der Forderungen), erhielten bei den Konkursen meist nur die bevorrechteten Forderungen 25%, die übrigen gingen dagegen leer aus.

### Insolvenzen in den einzelnen Wirtschaftszweigen<sup>1)</sup>

Wirtschaftszweig	Konkurse		Ausgleich	
	1950	1951	1950	1951
	Zahl d. Fälle	Zahl d. Fälle	Zahl d. Fälle	Zahl d. Fälle
Industrie <sup>2)</sup>	46	46	33	31
Großhandel	40	10	28	17
Einzelhandel	81	91	123	140
Handwerk	63	65	63	34
Sonstige <sup>3)</sup>	68	66	37	33
Insgesamt	298	278	284	256

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — <sup>2)</sup> Einschließlich Bauunternehmen — <sup>3)</sup> Auch Private.

Die Insolvenzen haben i. J. 1951 vor allem im Großhandel (-75%) und in der Industrie (ohne Bauunternehmen) (-30%) abgenommen, was sich aus der Hochkonjunktur im Export verschiedener Roh- und Halbwaren, der hohen inländischen Nachfrage nach Produktionsmitteln und der teilweise spekulativen Ausweitung der Einzelhandelslager erklärt. Das wird auch durch die Gliederung der Insolvenzen nach Branchengruppen bestätigt. Daraus ist zu entnehmen, daß in den Produktionsmittelindustrien (Bergbau, Steine und Erden, Metalle) die Zahl der Konkurse und Ausgleiche von 31 auf 15 (-52%) gesunken ist, in den übrigen Industriezweigen nur von 33 auf 30 (-9%). Im Großhandel, der sowohl von der Exportkonjunktur in Roh- und Halbwaren als auch von der lebhaften Nachfrage des Einzelhandels nach Konsumgütern profitierte, gingen die Insolvenzen in den konsumfernen Branchen (Metalle, Holz, Elektro, Chemie) von 23 auf 13 (-44%) zurück, in den konsumnächsten Branchen (Lebens- und Genußmittel, Textilien, Bekleidung, Leder und Schuhe) von 27 auf 10 (-63%). Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der insolventen Verlage, die in den ersten Nachkriegsjahren relativ hoch war, stark verminderte. Teils weil die zweifelhaften Kriegs- und Nachkriegsgründungen schon weitgehend ausgefallen sind, teils weil sich das Buch- und Zeitschriftengeschäft sowohl im Inland als auch im Export gebessert hat.

Dagegen sind die Insolvenzen im Einzelhandel weiter gestiegen (+15%). Der Zuwachs entfällt vorwiegend auf konsumnahe Branchen (Lebens- und Genußmittel, Textilien und Bekleidung, Holz), nicht zuletzt weil die Lager vielfach stärker ausgeweitet wurden, als der Entwicklung der Konsumentenmach-

frage entsprochen hätte. In anderen Branchengruppen (Metalle, Papier- und Parfumeriewaren, Diverses) waren dagegen weniger Unternehmer notleidend als im Vorjahr.

Im Handwerk sanken die eröffneten Verfahren zwar auch um 21%; wegen der starken Zunahme der abgewiesenen Konkursanträge ist jedoch anzunehmen, daß die Gesamtzahl der Insolvenzen in diesem Zweig bedeutend höher war als im Vorjahr.

Trotz der günstigen Baukonjunktur haben sich die Insolvenzen von Bauunternehmen und Bauhandwerkern (Maurer, Maler) nahezu verdoppelt (49 gegenüber 27 im Vorjahr), vor allem weil die Zahlungsweise der öffentlichen Hand vielfach zu Liquiditätsschwierigkeiten führte. Der rasche Preisautrieb hat dagegen kaum zu Insolvenzen geführt, da in der Regel keine festen Kostenvoranschläge gemacht und Nachforderungen honoriert werden.

*Verteilung der Insolvenzen auf Branchengruppen<sup>1)</sup>*

Branchengruppe	Industrie		Großhandel		Einzelhandel		Handwerk	
	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951
Konkurse								
Bergbau Steine und Erden	6	3	—	—	—	—	—	4
Metalle	16	5	4	—	5	1	6	8
Holz	5	7	4	3	2	5	16	14
Elektro-chem Artikel	3	9	8	2	2	10	10	—
Bau	11	19	—	—	—	—	6	15
Lebens- und Genussmittel	3	—	7	2	23	27	—	—
Textilien und Bekleidung	1	2	5	1	8	12	9	10
Leder, Schuhe	—	—	—	—	1	—	5	6
Papier, Parfumerie, Kurzwaren	1	1	—	—	4	6	—	—
Diverses <sup>2)</sup>	—	—	12	2	36	30	11	8
<b>Insgesamt</b>	<b>46</b>	<b>46</b>	<b>40</b>	<b>10</b>	<b>81</b>	<b>91</b>	<b>63</b>	<b>65</b>
Ausgleiche								
Bergbau Steine und Erden	2	4	—	—	—	—	5	—
Metalle	7	3	2	—	5	2	3	1
Holz	5	2	2	4	3	5	18	14
Elektro-chem Artikel	6	4	3	4	3	15	9	3
Bau	4	13	—	—	—	—	6	2
Lebens- und Genussmittel	4	2	11	6	26	40	—	—
Textilien und Bekleidung	4	2	4	1	20	25	2	6
Leder, Schuhe	—	—	—	—	2	2	—	5
Papier, Parfumerie, Kurzwaren	1	—	4	—	13	4	—	1
Diverses <sup>2)</sup>	—	1	2	2	51	47	7	2
<b>Insgesamt</b>	<b>33</b>	<b>31</b>	<b>28</b>	<b>17</b>	<b>123</b>	<b>140</b>	<b>63</b>	<b>34</b>

<sup>1)</sup> Nach den Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 — <sup>2)</sup> Auch Verlage Gemischtwaren.

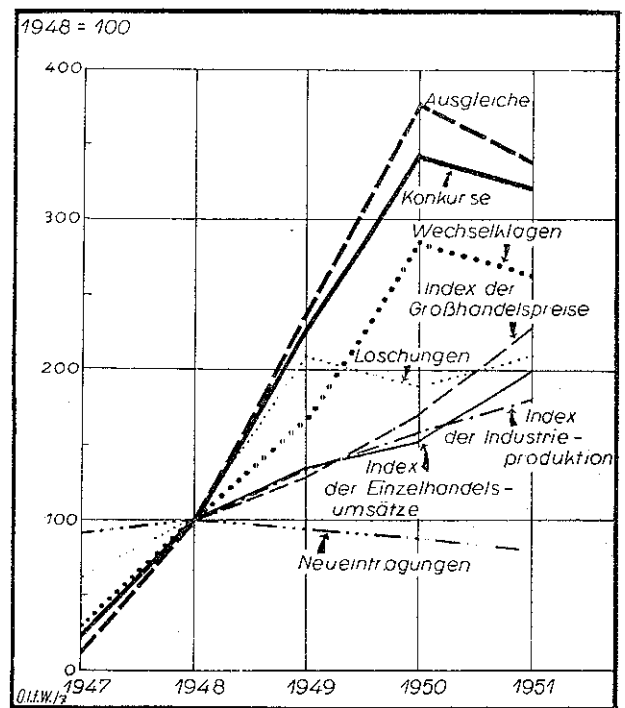
Bei inflationistischer Vollbeschäftigungspolitik kann es im allgemeinen nur wenig Insolvenzen geben, da die Entwertung der Schulden durch die ständige Preissteigerung, die Lagergewinne und die hohe Nachfrage die Liquidität der Unternehmen sehr begünstigen. Insolvent werden daher meist nur spekulative Neugründungen, deren innerbetriebliche Mängel auch durch die Inflation nicht länger verschleiert werden können. Die Zahl der Insolvenzen ist in solchen Zeiten stets geringer als in Normaljahren mit Käufermärkten (im Jahre 1950, dem bisherigen Höchststand, erreichte sie nur 43% von 1937).

Von den insolventen Fällen entfiel auch im Jahre 1951 ein Großteil auf Nachkriegsgründungen, ihr An-

teil hat sich jedoch offenbar etwas vermindert. Die Hauptursache war wie bisher in allen diesen Fällen mangelhafte Disposition, die sich in ungenügendem Eigenkapital, hohen Privatentnahmen, fehlenden Steuerrücklagen, falscher Einkaufs- und Lagerpolitik u. ä. äußerte. Es scheint jedoch, daß dieser natürliche Reinigungsprozeß seinen Höhepunkt bereits im J. 1950 überschritten hat und sich die Insolvenzenbewegung wieder mehr dem Konjunkturverlauf anzupassen beginnt. Während bis 1950 trotz wirtschaftlichem Aufstieg die Zahl der eröffneten Konkurse und Ausgleichsverfahren — allerdings von einem äußerst niedrigen Stand — rasch zunahm, brachte die inflationistische Entwicklung im J. 1951 im ganzen bereits einen leichten Rückgang<sup>4)</sup>.

**Insolvenzen, Wechselklagen, Firmenbewegung**

(Normaler Maßstab; 1948 = 100)



Obwohl Produktion, Umsätze und Preise ständig stiegen, nahmen Konkurse, Ausgleiche und Wechselklagen in den Jahren 1947 bis 1950 von einem niedrigen Niveau rasch zu. Erst im Jahre 1951 ließen die inflationistischen Auftriebstendenzen die Insolvenzen wieder zurückgehen, allerdings bei sinkenden Neugründungen und wachsenden Löschungen von Firmen. Die Auflösung spekulativer und auf die Dauer nicht lebensfähiger Nachkriegsgründungen dürfte ihren Höhepunkt bereits überschritten haben.

<sup>4)</sup> Vielleicht ist die geringere Zahl von Insolvenzen zum Teil auch der zunehmenden Tätigkeit des Kreditschutzverbandes zuzuschreiben. So hat sein Mahn- und Inkassodienst im Jahre 1951 um 30% (wertmäßig um 50%) mehr Aufträge durchgeführt als im Vorjahr und konnte dabei auch den Anteil der positiven Erfolge etwas erhöhen. Außerdem wurden die Gläubigergemeinschaften stark ausgebaut.

## Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten 71 bis 715

Die Zahl der *Beschäftigten* verminderte sich im Dezember um 74.800 (im Vorjahr um 67.800) und erreichte Ende Dezember 1.956.900, das ist um 44.000 mehr als Ende Dezember 1950. Der Rückgang überschritt etwas das saisonübliche Ausmaß. Der saisonbereinigte Index der Beschäftigung ging daher – zum erstenmal seit einem Jahr – von 103,5 im November auf 102,8 (1948 = 100) zurück.

Während die Zahl der Privatangestellten neuerdings um 1.400 auf 358.000 stieg und die Beschäftigung im Bergbau unverändert blieb, sank sie in den meisten anderen Wirtschaftsgruppen; in Industrie und Gewerbe um 66.300, in der Landwirtschaft um 7.900. Nur das Hotel- und Gaststättengewerbe konnte mit Beginn der Wintersaison neue Arbeitskräfte aufnehmen.

Die Zahl der *Arbeitslosen* stieg im Dezember um 59.100 auf 152.300. Von Ende Dezember bis Ende Jänner erhöhte sie sich abermals um 45.100. Von diesen neuen Arbeitslosen waren 25.100 zuletzt im Bausektor beschäftigt. Immerhin war die Zunahme der Arbeitslosigkeit geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres<sup>1)</sup> Insgesamt hat die Arbeitslosigkeit von ihrem vorjährigen Tiefpunkt (30. September) bis 31. Jänner um 129.000 zugenommen; 65% dieser Zunahme entfallen auf Entlassungen aus dem Bausektor.

Auch im heurigen Winter ist – so wie in den Jahren vorher – die Zunahme der vorgemerkten Stellensuchenden geringer als der Beschäftigungsrückgang. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich manche Entlassene nicht beim Arbeitsamt melden, sondern auf eigene Faust Arbeit suchen oder auf eine Wiedereinstellung in ihrem alten Betrieb warten. Der Anreiz zur Meldung beim Arbeitsamt ist besonders schwach, wenn kein Unterstützungsanspruch besteht. Dies trifft zweifellos bei einer erheblichen Zahl der Entlassenen zu, denn selbst von denen, die Ende Dezember bei den Arbeitsämtern vorgemerkt waren, bezogen nur 69% eine Unterstützung.

Neben der Nichtanmeldung entlassener Arbeiter bei den Arbeitsämtern kommt auch das Übergehen zur Kurzarbeit in den Arbeitslosenziffern (aber auch in den Beschäftigtenziffern) nicht zum Ausdruck. Insbesondere in einigen Betrieben der Konsumgüterindustrie hat die Kurzarbeit in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen und dadurch das effektive Beschäftigungsvolumen verringert.

<sup>1)</sup> Damals waren die entsprechenden Zahlen 64.300, 184.200, 36.600, 20.100

Ein *Rückblick auf die Arbeitslage im Jahre 1951* zeigt eine deutliche Verbesserung gegen 1950. Die durchschnittliche Beschäftigung betrug 1.984.300, um 37.400 oder 1,9% mehr als im Jahr vorher (44% dieser Zunahme (16.400) entfallen auf Frauen. Dies ist bei weitem die bedeutendste Beschäftigungszunahme seit 1947. Der Großteil entfällt auf den industriell-gewerblichen Sektor, wo die durchschnittliche Beschäftigungszahl um 42.200 (2,9%) auf 1.500.200 stieg<sup>2)</sup>. Beim Bund und bei der Gemeinde Wien war so wie in den Vorjahren eine leichte Zunahme in der Zahl der pragmatisierten Bediensteten festzustellen. In der Landwirtschaft hielt der Beschäftigtenrückgang der letzten Jahre – wenn auch verlangsamt – an. Im Durchschnitt des Jahres 1951 waren 216.900 Unselbständige in der Landwirtschaft beschäftigt, um 10.000 weniger als im Jahre 1950. In den beiden vorhergehenden Jahren betrug der Rückgang 13.000. Bei den Bundesbahnen setzte sich ebenfalls der trendmäßige Rückgang des Personalstandes fort.

Der Beschäftigungsaufschwung im Jahre 1951 hatte vorwiegend zwei Ursachen: die Belebung auf den Weltmärkten, die dem Ausbruch des Korea-Konfliktes folgte und auch auf den österreichischen Markt einen merklichen Einfluß hatte, und die inländische Kreditexpansion, die der Bau- und Investitionstätigkeit starke Impulse verlieh.

Diese beiden Faktoren brachten die im Jahre 1950 unterbrochene Aufwärtsentwicklung der in der *Privatwirtschaft* – einschließlich der verstaatlichten Betriebe – Beschäftigten wieder in Fluß und bewirkten bis Ende des 2. Halbjahres 1951 eine Zunahme um etwa 2,8%.

### Zahl der Beschäftigten in Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Gewerbe

(Saisonbereinigt; 1948 = 100)

1948		100,0
1949		100,3
1950	1. Halbjahr	100,5
	2. „	100,5
1951	1. „	101,6
	2. „	103,3

Der Aufschwung der Beschäftigung konzentrierte sich allerdings ausschließlich auf das 1. Halbjahr 1951. Der saisonbereinigte Index zeigt, daß die Beschäftigung von Jänner bis August ständig stieg, dann

<sup>2)</sup> Die Zunahme betrug 29.500 bei den Arbeitern und 12.700 bei den Angestellten. Dadurch stieg der Anteil der Angestellten an den industriell-gewerblichen Beschäftigten von 22,8% im Jahre 1950 auf 23,1% im Jahre 1951. Im Jahre 1937 betrug er 21,4%.



aber stationär blieb und im Dezember sogar leicht zurückging.

Ob damit eine Tendenzumkehr eingeleitet wurde oder es sich nur um eine vorübergehende rückläufige Bewegung handelt, wird erst die Zukunft erweisen.

Das Abklingen der Beschäftigungsausweitung im 2. Halbjahr 1951 ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der zu Beginn des Jahres so günstige Export infolge der inländischen Preissteigerung und verschiedener internationaler Handelshemmnisse erneuten Schwierigkeiten gegenüberstand. Die Kreditexpansion ging zwar weiter, doch konnte sie sich auf gewissen Gebieten, so am Bausektor, nur beschränkt auswirken, da verschiedene Material- aber auch Facharbeiterengpässe auftauchten. Bei den Konsumgüterindustrien gab es hingegen zum Teil Absatzschwierigkeiten, da die Kaufkraft mit den Preissteigerungen nicht immer Schritt hielt.

Dazu kommt noch, daß die beschäftigungsbelebende Wirkung neuer Investitionen durch das Heranreifen früherer Investitionen teilweise kompensiert wird, da sich diese rationalisierend und arbeitskräftesparend auswirken.

In diesem Jahr ist trotz den bereits durchgeführten und noch zu erwartenden Erleichterungen im Außenhandelsverfahren zunächst nicht mit einem plötzlichen Aufschwung des Exportes — wie er an der Jahreswende 1950/51 eingetreten war — zu rechnen. Die wachsenden Rüstungsausgaben unserer wichtigsten Handelspartner bereiten diesen immer neue Zahlungsbilanzsorgen und zwingen sie, Umfang und Zusammensetzung ihrer Einfuhren mit einem strengeren Maßstab zu messen. Wenn es daher nicht gelingt, auf neuen Märkten Fuß zu fassen, so ist von der Exportseite her keine wesentliche Belebung der Beschäftigung mehr zu erwarten. Aber auch die durch inländische Faktoren bestimmte Nachfrage nach Arbeitskräften wird — falls die beabsichtigten Maßnahmen der Kreditdrosselung und Sparsamkeit rigoros durchgeführt werden — vorerst eher fallen als steigen. Aus all diesen Gründen ist es unwahrscheinlich, daß sich die günstige Entwicklung des I. Halbjahres 1951 heuer wiederholen wird.

In den kommenden Monaten wird daher erhöhtes Augenmerk darauf gelenkt werden müssen, nicht nur die Saisonschwankungen zu mildern, sondern auch das gesamte Beschäftigungsvolumen zu erhalten, um so mehr, als in einem Jahr ein breiterer Zustrom jugendlicher Arbeitskräfte zum Arbeitsmarkt einsetzen wird.

Auch die Zahl der Arbeitslosen spiegelt die Besserung wider, die das Jahr 1951 brachte. Der durchschnittliche Stand an vorgemerkten Stellensuchenden war mit 117.700 um 11.300 niedriger als im Jahre 1950, lag aber trotz dem Rekord des Beschäftigtenstandes noch immer über den Arbeitslosenziffern der Vorjahre. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Zustrom neuer Arbeitskräfte (Jugendliche, Zuwanderer und Frauen) — wenn auch in sinkendem Maße — noch immer anhält. Dies trifft insbesondere für die Frauen zu: von 26 000 zusätzlichen unselbständigen Erwerbspersonen im Jahre 1951 waren 17.000 Frauen und nur 9.000 Männer. Die Frauenarbeitslosigkeit nahm demgemäß nicht den gleichen günstigen Verlauf wie die Männerarbeitslosigkeit. Sie erreichte im Jahre 1951 einen neuen Höchststand, der mit 48 500 um 700 über dem Stand von 1950 lag.

### Arbeitskräfteangebot

(Monatsdurchschnitt)

Jahr	Beschäftigte und Arbeitslose 1 000 Personen	Zunahme gegenüber dem Vorjahr
1948	1 978,7	—
1949	2 045,0	66,3
1950	2 075,9	30,9
1951	2 102,0	26,1

Obwohl die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt niedriger war als im Jahre 1950, verschärften sich die saisonalen Schwankungen. Im Jänner 1951 erreichte die Arbeitslosigkeit mit 220 800 ihren weit aus höchsten Nachkriegsstand. Im Dezember 1951 war sie mit 152 300 zwar niedriger als im Dezember 1950, aber noch immer bedeutend höher als in früheren Wintermonaten. Zur Zeit des Saisonhöhepunktes war hingegen die Arbeitslosigkeit im Jahre 1951 nicht nur niedriger als im Jahre 1950, sondern auch niedriger als im Jahre 1949. Gelänge es, diese starken Saisonschwankungen, die mit der großen Bautätigkeit und einer vorsichtigen finanziellen Kalkulation eng verbunden sind, zu mildern, so könnte der Personenkreis, der von Arbeitslosigkeit betroffen wird, beträchtlich verkleinert werden.

### Durchschnittlicher, niedrigster und höchster Stand der Arbeitslosigkeit

Jahr	Durchschn. Stand	Niedrigster Stand	Höchster Stand	Relative Saison- spanne
	1.000 Personen			
1947	52,8	39,7	73,6	185
1948	54,6	45,9	93,7	204
1949	100,1	71,7	139,6	195
1950	129,0	88,1	196,4	223
1951	117,7	68,3	220,8	323

) Höchster Stand in Prozent des niedrigsten Standes.

## Verkehr

Dazu statistische Übersichten S 1 bis S 12

Im Güterverkehr der Bundesbahnen gingen die Leistungen im Monat Dezember nach einer außergewöhnlich hohen Herbstspitze im November auf 617,7 Mill. netto-t-km (-3,6%) und die arbeitstäglichen Wagengestellungen (Voll- und Schmalspur) auf 6.575 (-6,5%) zurück. Gegenüber dem Vergleichsmonat 1950 lagen diese Betriebsleistungen jedoch um 6% bzw. 13,2% höher. Die Wagenanforderungen konnten zu 92,5% gedeckt werden, die Wagenunlaufzeit war mit 47 Tagen befriedigend. Entsprechend dem jahreszeitlichen Produktionsverlauf nahmen die Transporte von Kartoffeln, Obst, Zuckerrüben, Zement, Baustoffen ab, während das Frachtaufkommen an Getreide, Mehl, Zucker stieg. Ebenso nahmen die Exportfrachten von Magnesit, Holz, Kunstdünger (nach Polen und Übersee) stärker zu. Im Transitverkehr nahm der Wagendurchlauf (24.430) um 17%, die Tonnage (355.581 t) um 14% und die netto-t-km (105,6 Mill.) um 40% zu. Diese starke Steigerung, die vor allem auf einem erhöhten deutsch-italienischen Durchlauf beruht, reicht trotzdem nicht aus, um den erheblichen Rückgang in den vorangegangenen Monaten auszugleichen.

Im Personenverkehr erhöhten der Weihnachts- und beginnende Wintersportverkehr die Zahl der verkauften Karten auf 5,6 Mill. (November 47), womit der Vergleichsstand 1950 etwas überschritten wurde.

### Die Verkehrsleistungen im Jahre 1951

Die Verkehrsleistungen auf Schiene und Straße hatten schon im Jahre 1950 den Vorkriegsstand überschritten und entsprechend der anhaltenden Vollbeschäftigung einen hohen Stand erreicht. Die weitere Erhöhung der industriellen Produktion und des Außenhandels im Jahre 1951 steigerte zwar auch noch die Verkehrsleistungen, die Zuwachsrate war jedoch erheblich geringer als in den vorangegangenen Jahren. Das Schwergewicht der Verkehrsentwicklung lag im Berichtsjahr vor allem in einer weiteren Rationalisierung und Modernisierung des Verkehrsapparates, insbesondere des Schienenverkehrs und in einer Verbesserung der internationalen Verkehrsbeziehungen.

Verkehrspolitisch brachte leider auch das Jahr 1951 keine Lösung der seit Jahren bestehenden Probleme. Weder das Güterverkehrsgesetz zur Regelung des Wettbewerbes zwischen Schiene und Straße, noch die Verwaltungsreform der ÖBB, die Gütertarifreform sowie die Reform der Straßenverkehrsgesetze konnten abgeschlossen werden. Oft waren es weniger sachliche als vielmehr politische Gesichtspunkte, die eine Lö-

sung verhinderten. Allerdings dürfen die Schwierigkeiten nicht verkannt werden, da es sich insbesondere beim Güterverkehrsgesetz um Entscheidungen handelt, die auf Jahre hinaus die weitere Verkehrsentwicklung bestimmen.

### Der Schienenverkehr

Die Rationalisierung des Verkehrs der Bundesbahnen erstreckte sich neben einer Verbesserung der internen Betriebsleistung (Wagenumlaufzeit, Wagenausnutzung, spezifischer Kohlenverbrauch, Abwicklung des Personenverkehrs, Fahrplan- und Tarifgestaltung) vor allem auf den weiteren Ausbau des elektrischen Streckennetzes. Durch die Elektrifizierung der Strecken Linz—Amstetten (28. Juni 1951) und Bischofshofen—Eben (1. Oktober 1951) wurde die Baulänge der elektrisch betriebenen Strecken auf 1.190 km erweitert von denen etwas über 1.000 km ein zusammenhängendes Netz bilden. Damit entfallen rund 20% der gesamten Betriebslänge auf die elektrische Trasse, die jedoch im Jahre 1951 mit 6,6 Mill. brutto-t-km (1950: 5,6) 34,4% der gesamten Verkehrsleistung bewältigte, gegenüber 29,8% im Jahre 1950. Der tägliche Energieverbrauch (876.000 kWh) ist um 13% gestiegen; die Energieversorgung wurde durch den Bau neuer Bahnkraftwerke (Uttendorf, Asten) gesteigert. Von den 50 in Auftrag gegebenen Elektrolokomotiven konnten 10 in Betrieb genommen werden.

Die Elektrifizierungsarbeiten auf den Strecken Amstetten—Wien und Villach—Tarvis wurden weitergeführt und werden voraussichtlich Anfang 1953 beendet sein; weitere Bahnkraftwerke, Umformerwerke, Übertragungsleitungen sind im Bau.

### Betriebsleistungen nach Antriebsarten

Jahr	Dampfbetrieb		Elektr. Betrieb		Verbrennungsmotor	
	Mill. brutto-t-km	%	Mill. brutto-t-km	%	Mill. brutto-t-km	%
1937	12.144,3	100,0	2.983,0	100,0	—	—
1949	13.305,1	109,6	5.403,5	181,1	112,8	100,0
1950	13.041,1	107,4	5.612,1	188,1	166,5	147,6
1951	12.362,6	101,8	6.621,1	222,0	254,3	225,4

Der Betrieb mit Dieselmotortriebfahrzeugen konnte von 2,5 Mill. Zugkilometern im Jahre 1950 auf 3,5 Mill. im Jahre 1951 gesteigert und dadurch ebenfalls Kohle eingespart werden. Die gesamte Triebwagenleistung (einschließlich elektrischer Triebwagen) erhöhte sich um 43,2% auf 1,37 Mill. Zug-km, d. s. 75% der Gesamtleistung (1950: 5,3%).

### Leistungen der Triebfahrzeuge

	1950		1951	
	in 1 000 Zug-km		1950 = 100	
Insgesamt	3.053,4	4.372,6	143,2	
davon				
elektr. Triebfahrzeuge	539,4	858,7	159,2	
Dieseltriebwagen	2.514,0	2.985,1	139,8	
Diesellok				528,9

Die wichtigsten Bauarbeiten des Jahres 1951 waren die Neugestaltung des Wiener Westbahnhofes, der Neu- bzw. Ausbau verschiedener anderer Bahnhöfe, wie z. B. in Linz, Innsbruck, Krems, Graz, Klagenfurt, Knittelfeld, und die Modernisierung von Teilanlagen (Abfertigungs- und Wartebäume, Gastwirtschalten und sanitäre Einrichtungen) u. a. in Veiden, Dornbirn, Salzburg und Wien (Franz-Josefs-Bahnhof).

Im Güterverkehr war die Zugs- und Wagenachskilometerleistung ungefähr so hoch wie im Jahre 1950 und entspricht damit bereits dem hohen Niveau von 1929. Die netto-t-km sind jedoch infolge einer hohen Nettolast je Güterzug weiter gestiegen (+ 4,6%) und übertreffen mit 6,58 Mrd. die Leistung von 1929 um 44%<sup>1)</sup>. Der Bedarf an Wagenraum war während des ganzen Jahres sehr hoch und die arbeitstäglichen Wagengestellungen lagen im Durchschnitt mit 5.788 (Vollspur) um 9% und 5% über jenen des Jahres 1950 und 1937. Im Herbstverkehr wurden Spitzen von 7.000 Gestellungen erreicht. Trotz des knappen Wagenparks konnte selbst in den Spitzenmonaten der Verkehr gut abgewickelt werden und die Deckung der Wagenachsnachfrage sank nicht unter 85%.

Im Gegensatz zu dem lebhaften Binnen-, Ein- und Ausfahrverkehr ging der Transitverkehr weiter zurück. Die geleisteten netto-t-km blieben um 25% die Tonnage um 6% unter dem Niveau von 1950, das bereits gegenüber 1949 gesunken war. Der schwache Ost-West-Handel, die Umleitung tschechisch-polnischer Frachten nach der Schweiz über Deutschland, die Konkurrenz der polnischen Häfen sind die wichtigsten Ursachen dieser unerfreulichen Entwicklung.

Im Reiseverkehr der Bundesbahnen wurden mit 36,3 Mill. Zugkilometern nicht nur die Ergebnisse von 1950 um 5% überschritten, sondern auch alle Vorkriegsleistungen; die Zahl der beförderten Personen dürfte schätzungsweise 116 Mill. (1950: 113,8) erreichen. Die Zugdichte konnte verstärkt die Fahrzeiten verkürzt und das Platzangebot durch Einstellung neuer Waggon- und Triebwagenzüge erhöht werden. Der internationale Reiseverkehr wurde durch vermehrte Kurswagenläufe, neue Zugpaare, günstigere Anschlusszeiten und erleichterte Grenzformalitäten verbessert, nicht zuletzt zum Vorteil der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft. Zahlreiche nationale und internationale Sonderveranstaltungen ergaben Leistungsspitzen, die mit einem Tagesdurchschnitt von 110.000 Zugkilometern in den Monaten Juni bis August des Sommer 1950 um 22% und 1937 um 35% überschritten. Diese Leistungen der Bundesbahnen sind um so beachtenswerter, als die Kohlenlage äußerst angespannt war und der Verkehrsnachfrage nur durch rationellsten Einsatz der Betriebsmittel entsprochen werden konnte. Freilich war die Besetzung der Züge in den Hauptreisezeiten noch erheblich höher als vor dem Kriege, da der Wagen- und Lokomotivpark noch nicht entsprechend der Frequenzsteigerung vergrößert werden konnte.

Die finanzielle Geharung der Bundesbahnen verschlechterte sich trotz höheren Verkehrsleistungen im Reise- und Güterverkehr. Die Verteuerung von Betriebsmitteln, Löhnen und Investitionsmaterial erlitt den Tarifen weit voraus und wird im Jahre 1951 ein Gesamdefizit von mindestens 1,5 Mrd. S. ergeben, nahezu doppelt soviel wie im Jahre 1950<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Die höhere Nettolast je Zug beruht teils auf einer besseren Auslastung, teils aber auch auf der höheren Zugkraft der Elektrolokomotiven, so daß trotz gleichbleibender Zugs- und Wagenachskilometer die beförderte Tonnage mit zunehmender Elektrifizierung bzw. Frequenzsteigerung auf diesen Strecken steigen kann.

<sup>2)</sup> Siehe Nr. 11 der Monatsberichte Jg. 1950 S. 566.

### Straßenverkehr

Im Straßenverkehr stiegen die Leistungen im Güter- und Personenverkehr auch im Jahre 1951. Im Personenverkehr erhöhte sich die Zahl der Post- und Bahnlinienvon 598 auf 632, die Streckenlänge von 24.536 km auf 26.998 km und die Zahl der beförderten Personen von 81,5 Mill. auf 93,2 Mill., d. s. 11%. Die eingesetzten Omnibusse erhöhten sich von 1.218 (Bahn und Post) auf 1.516 (+ 25%) wobei modernst ausgestattete Fahrzeuge dem Verkehr übergeben werden konnten und alte Omnibusse ausgemustert wurden. Für den Gebirgsverkehr wurden neu konstruierte, schneegeeignete Fahrzeuge in Betrieb genommen. Im privaten Linienverkehr ist die Zahl der Omnibusse unverändert geblieben (180 Omnibusse) die Kilometerleistung jedoch um 9% und die Zahl der beförderten Personen um 16% auf zirka 33 Mill. gestiegen. Zusammen mit dem privaten Gelegenheitsverkehr dürften demnach im Jahre 1951 schätzungsweise 135 bis 140 Mill. Personen — ungefähr 20 Mill. mehr als auf der Bahn — befördert worden sein. Der zwischenstaatliche Verkehr wurde von staatlicher und privater Seite weiter ausgebaut.

### Schiffsverkehr

Der Schiffsverkehr auf der Donau blieb auch im Jahre 1951 durch die politischen Schwierigkeiten gehemmt. Immerhin war es möglich, erstmalig Öltransporte von Wien nach Linz durchzuführen und mit Hilfe der jugoslawischen Schifffahrt den Wiener Hafen etwas stärker zu bedienen als früher. Auf der oberen Donau (Linz bis Regensburg) konnte der Güter- und Reiseverkehr weiter intensiviert werden, der Bergverkehr war allerdings noch immer sehr schwach. Von DDSG und Comos wurden 1,15 Mill. t befördert, d. s. 40,8% mehr als im Jahre 1950. Der Linzer Hafen wurde durch neue Umschlagseinrichtungen (Kräne, Magazine, Anschlussgleise) erweitert und ist zum bedeutendsten Umschlagplatz auf der österreichischen Donaustrecke geworden.

#### Der Schiffsverkehr auf der Donau (DDSG und Comos)

	1950	1951	1950 = 100
Talffahrt	746 422	938 544	125,7
davon:			
Kohle	738 276	899 658	121,9
Sonstiges	8 146	38 886	477,4
Bergfahrt	71 303	213 176	299,0
Berg- und Talffahrt	817 725	1 151 720	140,8
davon:			
von oder nach Wien	4 243	117 644	2 772,6
Kohle in %	90,3	78,1	—

### Luftverkehr

Im Luftverkehr sind durch die Freigabe des Grazer Flughafens nunmehr alle österreichischen Zivillughäfen dem Zivilluftverkehr ausländischer Unternehmungen zugänglich. Das Flugnetz hat sich weiter verdichtet, teils durch die Eröffnung neuer Linien (Zürich—Linz, Rijeka—Graz, Prag—Wien; Zwischenlandungen in Linz), teils durch verstärkten Maschineneinsatz. Außer Klagenfurt waren sämtliche Zivillughäfen an das internationale Luftverkehrsnetz angeschlossen. Frequenzzahlen fehlen leider; das Platzangebot betrug im Monat August 3.700 die Anzahl der Flüge, d. s. 80% bzw. 111% mehr als im Jahre 1950.

### Fremdenverkehr

Der *Fremdenverkehr* überschritt mit 16 57 Mill. Übernachtungen das Ergebnis des Jahres 1950 um 18 1%. Besonders günstig entwickelte sich der Ausländerverkehr, der um 24 5% zunahm, 5 7 Mill. Übernachtungen erreichte und damit nahezu auf Vorkriegshöhe lag. Damit konnte der Ausfall der Oststaaten, die im Jahre 1937 einen Anteil von 40% hatten, vollständig durch westeuropäische Besuche ersetzt werden, vor allem aus Italien, England, Frankreich und den Beneluxstaaten. Deutschland stand im Jahre 1951 erstmalig seit Kriegsende wieder an erster Stelle und überschritt sogar trotz dem fast völligen Ausfall Ostdeutschlands seine Vorkriegsfrequenz. Investitionen in der Hotellerie, der Ausbau von Bergbahnen aller Art, der gute Ruf unserer Heilbäder und vor allem der noch günstige Wechselkurs haben den Erfolg im Ausländerfremdenverkehr ermöglicht. Allerdings hat sich der Preisvorsprung Österreichs gegen Jahresende erheblich verringert.

Die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr beliefen sich im Jahre 1951 auf 618 Mill. S oder um 58% mehr als im Jahre 1950 (390 9 Mill. S). Diese Einnahmen entsprechen 37 5% des kommerziellen und 14 1% des gesamten Handelsbilanzdefizites gegenüber rund 80% im Jahre 1937 bei gleicher Übernachtungsfrequenz. Die wesentlich stärkere Steigerung der Importpreise als der durchschnittlichen Aufenthaltskosten in Österreich bedingt die erheblich geringere Kaufkraft der jetzigen Fremdenverkehrseinnahmen gegenüber der Vorkriegszeit.

### Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 91 bis 96

Der Dezember brachte die saisonübliche Steigerung des Außenhandels. Die *Gesamteinfuhr* blieb zwar mit 1 264 Mill. S um 7 Mill. S hinter dem Novemberhöchststand zurück, doch ist dies auf ein starkes Sinken der ERP-Einfuhren zurückzuführen. Während die *kommerzielle Einfuhr* mit 1 115 Mill. S einen neuen Höhepunkt erreichte (+ 89 Mill. S gegenüber November), fiel die *ERP-Einfuhr* von 245 Mill. S im November auf 149 Mill. S, den niedrigsten Wert des Jahres. Insgesamt wurden im 2. Halbjahr 1951 (d. h. im 1. Halbjahr des letzten Marshall-Plan-Jahres 1951/52) ERP-Waren im Werte von 63 Mill. \$ eingeführt. Ein Teil davon geht allerdings noch auf das Konto des Marshall-Plan-Jahres 1950/51. Ferner wurden 23 Mill. \$ ERP-Mittel zur Abdeckung des österreichischen Defizits innerhalb der EZU herangezogen<sup>1)</sup>.

Da der ERP-Beitrag für das Jahr 1951/52 (direkte und indirekte Hilfe) nun endgültig mit 120 Mill. \$

<sup>1)</sup> 15 Mill. \$ im III. Quartal 1951 und 8 Mill. \$ im IV. Quartal 1951. Da das Defizit in beiden Zeiträumen größer war als dieser Zuschuß mußte die Nationalbank im III. Quartal 52 000 \$ und im IV. Quartal 3 4 Mill. \$ aus eigenen Beständen an die EZU überweisen. Im ganzen Jahr 1951 betrug die Überweisungen der Nationalbank an die EZU 17 6 Mill. \$. Das Defizit Österreichs gegenüber der EZU zeigt seit ihrem Bestehen folgenden Verlauf:

festgesetzt wurde, dürfte im 2. Halbjahr 1951 bereits mehr als die Hälfte der zur Verfügung gestellten Summe verwendet worden sein. Im nunmehr angelaufenen 2. Halbjahr werden daher die ERP-Leistungen voraussichtlich abnehmen. Das wird sich insofern nicht so schwerwiegend auswirken, als in den Frühjahrsmonaten die teureren Lieferungen amerikanischer Kohle zurückgehen werden, für welche im 2. Halbjahr 1951 449 8 Mill. S (21 1 Mill. \$) aus ERP-Mitteln verausgabt wurden.

Die *Ausfuhr* nahm im Dezember einen erfreulichen Aufschwung. Sie stieg gegenüber November um 151 Mill. S und lag mit 997 Mill. S um 77 Mill. S über dem bisherigen Höchstwert (Juli 1951). Berücksichtigt man allerdings den Saisonverlauf, so bleibt das Dezemberresultat um 7 6% hinter dem Juliexport und sogar etwas hinter dem Septemberexport zurück. Stellt man die Preisveränderungen in Rechnung, so zeigt sich, daß das Volumen der Dezembereinfuhr (114% von 1937) hinter dem Niveau der besten Monate des Jahres 1951 (März, Juni, Juli) etwas, und hinter den Höchstwerten des IV. Quartals 1950 (134% von 1937 im November und 136% im Dezember) beträchtlich zurückblieb.

Im Vergleich zu den Vormonaten stiegen insbesondere die wertmäßigen Importe von Nahrungsmitteln (vor allem Fleisch, Obst und Gemüse), Häuten, Fellen und Maschinen sowie die Exporte von Rohstoffen, Stickstoffdünger, Papier, Maschinen, Schuhen (nach USA) und feinmechanischen Apparaten. Unter den Einfuhrländern trat Argentinien mit Lieferungen im Werte von 65 4 Mill. S (hauptsächlich Mais, Roggen und Rindshäute) zum erstenmal als bedeutender Handelspartner auf. Auf der Exportseite hielten die hohen Lieferungen nach Frankreich und Polen an. Eine starke Erhöhung erfuhr der Export nach Italien: mit 123 4 Mill. S überstieg er den bisherigen wertmäßigen Höchststand von 107 1 Mill. S, der sich durch die Anhäufung von Kompensationsgeschäften im Juni 1950 ergeben hatte. 58% der Dezemberexporte nach Italien waren Holz und Papierzeug. Der scharfe Rückschlag, den die Ausfuhr nach den USA im November erlitten hatte, wurde im Dezember mehr als aufgeholt und mit 74 9 Mill. S ein neuer Höhepunkt erreicht. 58% des

#### Österreichs Defizit gegenüber der EZU

Zeit	Mill. S
1950 III. Qu.	8 0
IV. Qu.	29 4
1951 I. Qu.	45 2
II. Qu.	21 5
III. Qu.	15 5
IV. Qu.	11 4

Exportes nach den USA entfielen im Dezember auf Glaswaren, Eisen und Stahl.

Um die Schwierigkeiten zu überwinden, denen der Export infolge der inländischen Preisentwicklung, der wachsenden Konkurrenz auf den Auslandsmärkten und der noch immer weitverbreiteten Absperrungstendenzen begegnet, werden nun *adressierte Clearing- und Devisengeschäfte (Kopplungsgeschäfte)* in beschränktem Maße wieder zugelassen. Bestimmte Waren, sogenannte Agioträger, werden nur mehr im Rahmen solcher Kopplungsgeschäfte eingeführt, d. h. für sie werden nunmehr keine Devisen zugeteilt, während auf der Ausfuhrseite eine Reihe von förderungswürdigen Waren für Kopplungsgeschäfte zugelassen werden. Die Liste dieser förderungswürdigen Waren hat einerseits bloß demonstrativen Charakter, es können also auch in ihr nicht enthaltene Waren in Kopplungsgeschäften gehandelt werden, andererseits muß für die in der Liste genannten Güter die Genehmigung zur Durchführung eines Kopplungsgeschäftes nicht unbedingt erteilt werden.

Das Ausmaß dieser Kopplungsgeschäfte soll grundsätzlich 10% der österreichischen Gesamtausfuhr nicht übersteigen. Damit sollen die Kompensationsgeschäfte von dem niedrigen Stand, auf den sie in der letzten Zeit gesunken waren, wieder gehoben werden und etwa wieder die Bedeutung erhalten, die sie zu Beginn des Jahres 1951 hatten. Von den bei der ZAE genehmigten Außenhandelsgeschäften waren im 1. Halbjahr 1951, als der Außenhandel mit Holland zum Teil noch auf Kompensationsbasis abgewickelt wurde, 11,8% der gesamten Ausfuhrbewilligungen Kompensationsgeschäfte, im 2. Halbjahr (Juli–November) jedoch nur mehr 5,3%. Sollte die 10%ige Quote für die neu zugelassenen Kopplungsgeschäfte voll ausgenützt werden (was vorwiegend von den Absatzmöglichkeiten für Agioträger im Inland abhängen wird), so würden die Kompensationsgeschäfte einen etwas breiteren Raum einnehmen als im 1. Halbjahr 1951, da gewisse Kompensationsgeschäfte nicht in diese Quote fallen (Geschäfte mit Ländern, mit denen nur Kompensationsverkehr besteht; Geschäfte oder Geschäftsteile, die auf der Basis des offiziellen Wechselkurses, also ohne Agio abgewickelt werden; Geschäfte, welche ausschließlich als handelspolitische Junktims anzusehen sind).

Der unmittelbare Zweck dieser neuen Maßnahme ist, den Export gewisser Fertigwaren, die sich infolge der inländischen Preissteigerungen akuten Absatzschwierigkeiten gegenübersehen, zu fördern. Dieses Ziel dürfte auch erreicht werden. Die Wiedereinführung von Kompensationsgeschäften in der neuen

Form bedeutet eine auf bestimmte Exportartikel beschränkte Abwertung. Voraussetzung für ihre Durchführbarkeit ist allerdings, daß die Kopplungsimporte tatsächlich zu den um die Agios erhöhten Preisen abgesetzt werden können. Das ist jedoch wahrscheinlich. Die in der Liste der Agioträger angeführten Importwaren sind fast durchwegs Luxus- oder Halbluxuswaren, für die derzeit meist eine ziemliche Preisspanne gegenüber ihren Auslandspreisen besteht. Der Einfuhrwert all dieser Agioträger war im Jahre 1950 801 Mill. S und in den ersten drei Quartalen 1951 800 Mill. S, das sind 12,3% bzw. 11,5% des Ausfuhrwertes der jeweiligen Periode. Da der Einfuhrwert dieser Kompensationswaren nun mit 10% des Ausfuhrwertes begrenzt werden soll, ist eher mit einer Einschränkung des Angebotes dieser Waren als mit einer Ausdehnung und daher mit festen oder steigenden Preisen zu rechnen<sup>1)</sup>. Eine starke Erhöhung der Ausfuhr (die automatisch den Rahmen für die Einfuhr von Agioträgern erweitern würde) oder größere Veränderungen in der Kaufkraft oder ihrer Verteilung würden natürlich die jetzt bestehenden Möglichkeiten für den Abschluß von Agiogeschäften verändern.

Beschäftigungspolitisch (im weitesten Sinne) gesehen, sind von den neuen Maßnahmen keine Schwierigkeiten zu erwarten. Handels- und zahlungsbilanzpolitisch ergeben sich jedoch gewisse Bedenken, insbesondere was die Zusammenstellung der Warenlisten betrifft. Auf der Seite der Importwaren (Agioträger) befinden sich vorwiegend „unwichtige“ Güter, obwohl es davon auch Ausnahmen gibt, wie etwa Kaffee, Tee, Gewürze, Kameras, Uhren, Schreib- und Rechenmaschinen, Musikalien<sup>2)</sup>. Hingegen enthält die Liste der förderungswürdigen Ausfuhrwaren neben einer großen Auswahl ebensolcher Luxus- und „unwichtiger“ Waren auch Maschinen und Werkzeuge aller Art (einschließlich Metallbearbeitungsmaschinen), Traktoren, elektrische Apparate, optische und feinmechanische Erzeugnisse, die für den Außenhandel keineswegs „unwichtig“ sind.

Aus dieser ungleichartigen Zusammensetzung der Einfuhr- und der Ausfuhrliste ergeben sich zwei Ge-

<sup>1)</sup> Bei der Einführung der Kopplungsgeschäfte wurde betont, daß sie das inländische Lebenshaltungs- und Produktionsniveau möglichst wenig beeinträchtigen sollen. Auch ein kräftiges Anziehen der Preise würde nur wenig fühlbar werden, da die Agioträger – wie gesagt – vorwiegend Luxusartikel sind.

<sup>2)</sup> Andere Agioträger (wie etwa Schokolade, Kleider, Wäsche, Obst, Bier) zählen zwar auch nicht zu Luxuswaren, werden aber in den gangbaren Qualitäten vorwiegend im Inland erzeugt, so daß es sich bei den Importen vielfach um weniger wichtige Waren handelt.

Jahren Die eine besteht darin, daß die Exporteure von Waren der Ausfuhrliste, die gegen Devisen abgesetzt werden könnten, das höheren Gewinn versprechende Kopplungsgeschäft vorziehen. Zwar ist keineswegs beabsichtigt, aus der Aufzählung in der Liste der förderungswürdigen Ausfuhrgüter bereits einen Anspruch auf eine Genehmigung von Kopplungsgeschäften ableiten zu lassen. Das ginge schon deshalb nicht, weil der Umfang der in der Liste angeführten Waren viel zu groß ist. Ihr Ausfuhrwert betrug im Jahre 1950 1 123 4 Mill. S und in den ersten drei Quartalen 1951 1 726 Mill. S, das sind 17,3% bzw. 24,8% des jeweiligen Gesamtausfuhrwertes. Es wird also noch immer mehr als die Hälfte der Exporte dieser Gruppe im normalen Devisen- oder Clearingverkehr abgewickelt werden. Trotzdem werden einige hochwertige Exportwaren, die einen normalen Absatz finden könnten, nun den Weg der Agiokompensation gehen, denn es ist unmöglich, jedes Geschäft im Detail zu prüfen. Das bedeutet aber, daß in diesen Fällen die Devisen, die man für die wichtigeren Importe zu reservieren hoffte, gar nicht anfallen werden. Statt dessen wird für die exportierte Ware ein relativ entbehrliches Kompensationsgut ins Land kommen. Da die Liste der Agioträger geschlossen ist, besteht gar nicht die Möglichkeit, für die wertvolleren Exportwaren entsprechend „wichtige“ Importe im Kompensationswege hereinzubringen. Die neue Regelung kann daher leicht eine Tendenz zum Austausch von „wichtigen“ gegen „weniger wichtige“ Waren zur Folge haben.

Die zweite Gefahr, mit der ersten eng verbunden, besteht für den Export auf lange Sicht. Solange man die Kompensationsgeschäfte als eine Methode ansieht, gewisse Industrien in Gang zu halten, die unter der jetzigen Rüstungswirtschaft und der Absperrung gegen „unwichtige“ Importe leiden, in Zukunft aber wieder bessere Absatzmöglichkeiten haben dürften, ist es durchaus gerechtfertigt, die Ausfuhr dieser Waren vorübergehend durch Agios und dadurch zu begünstigen, daß man als Gegenleistung Waren hereinläßt, die in unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht unbedingt notwendig sind. Dehnt man dieses System aber so weit aus, daß man grundsätzlich jede notleidende Exportbranche zu Agiogeschäften zuläßt — selbst solche, die „wichtige“ Waren erzeugen und momentan nicht außerordentlichen, ungünstigen Exportverhältnissen gegenüberstehen —, dann besteht die Gefahr, daß der Export im gegenwärtigen Schema erstarbt und sich nicht elastisch den Wandlungen der Wirtschaftslage anpassen kann. Die Exportindustrie soll in der Lage sein, für wichtige Importe Devisen bereitzustellen. Die längere Beibehaltung des neuen

Schemas würde jedoch die Importstruktur der gegebenen Exportstruktur unterordnen. Es wäre verfehlt zu sagen, daß dieses Stadium schon erreicht ist, aber die Zusammenstellung der Listen für den Kopplungsverkehr zeigt eine gewisse Tendenz in dieser Richtung.

### Der Außenhandel im Jahre 1951

Der Außenhandel im Jahre 1951 dehnte sich gegenüber dem Jahre 1950 noch etwas aus. Die Expansion war jedoch bedeutend geringer als in den Jahren vorher. Im Vergleich zum IV. Quartal 1950 ist sogar ein Rückschritt zu verzeichnen. Das Exportvolumen 1951 zeigte überdies von Quartal zu Quartal eine leicht fallende Tendenz<sup>1)</sup>.

Die Außenhandelswerte von 1951 lagen jedoch infolge der Preissteigerung beträchtlich über denen des Jahres 1950. Die Gesamteinfuhr stieg gegenüber 1950 um 4,8 Mrd. S (52%) auf 14 Mrd. S, die kommerzielle Einfuhr um 4,2 Mrd. S (59%) auf 11,3 Mrd. S und die Ausfuhr um 3,1 Mrd. S (48%) auf 9,6 Mrd. S. Das im Vergleich zur Ausfuhr absolut und relativ stärkere Steigen der Einfuhr erhöhte auch das Außenhandelsdefizit. Es stieg von 2,7 Mrd. S im Jahre 1950 (29% des Gesamteinfuhrwertes) auf 4,4 Mrd. S im Jahre 1951 (31% der Gesamteinfuhr); ausschließlich an der kommerziellen Einfuhr gemessen (d. h. unter Ausschaltung der direkten ERP-Importe), betrug das Passivum der Handelsbilanz im Jahre 1950 0,6 Mrd. S (8,3% der kommerziellen Einfuhr) und im Jahre 1951 1,6 Mrd. S (14,6%).

### Österreichs Außenhandel 1948 bis 1951

Jahr	Gesamteinfuhr <sup>1)</sup>	davon		Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
		ERP-Einfuhr	kommerz. Einfuhr in Mill. S		
1948	3 899,9	705,5	2 208,8	1 983,7	1 916,2
1949	6 365,9	1 942,3	4 423,6	3 229,1	3 156,8
1950	9 207,9	2 110,8	7 097,1	6 510,5	2 697,4
1951	14 027,1	2 742,7	11 284,4	9 634,7	4 392,4

<sup>1)</sup> Einschl. aller Hilfslieferungen

Die Struktur des Außenhandels nach Warengruppen hat sich im Jahre 1951 nicht stark verändert. Der Ausfuhranteil von Rohstoffen und halbfertigen Waren (nach der Bezeichnung des Brüsseler Schemas) stieg gegenüber 1950 und erreichte mit 40,6% des Ausfuhrwertes den bisher höchsten Stand. Da aber gleichzeitig die Bedeutung der Nahrungs- und Genussmittelexporte zurückging, stieg auch der Fertigwarenanteil am Export, und zwar von 57,5% auf 58,9%. Im Import stieg der Rohstoffanteil von 42,5% auf 44,6%, während der Fertigwarenanteil entsprechend zurück-

<sup>1)</sup> Da noch nicht alle Einzelheiten über das Außenhandelsvolumen und die Außenhandelspreise im Jahre 1951 vorliegen, können sie erst im nächsten Monatsbericht besprochen werden.

ging. Der Anteil der Nahrungsmittel hielt sich unverändert auf einem Viertel des Gesamteinfuhrwertes

### Warenstruktur des österreichischen Außenhandels 1948 bis 1951

Warengruppen	Gesamteinfuhr				Ausfuhr			
	1948	1949	1950	1951	1948	1949	1950	1951
	in %							
Lebende Tiere	0.1	0.7	1.2	0.5	0.8	0.2	0.7	0.3
Nahrungsmittel und Getränke	35.4	31.8	25.0	25.3	0.9	0.9	3.2	0.7
Rohstoffe und halbfertige Waren	39.8	40.8	42.5	44.6	32.1	39.4	38.6	40.1
Fertigwaren	24.7	26.7	31.3	29.6	66.2	59.5	57.5	58.9

Auch geographisch ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine weitgehenden Verschiebungen. Abgesehen von den direkten ERP-Importen, die fast allein aus den USA kamen, haben sich vor allem die Handelsbeziehungen mit den OEEC-Staaten, insbesondere auf der Einfuhrseite (nicht zuletzt infolge der in-

direkten ERP-Hilfe in Form von Dollarfreigaben im Rahmen der EZU), weiter intensiviert, und der Anteil Osteuropas am österreichischen Außenhandel ist abermals gesunken

### Geographische Verteilung des österreichischen Außenhandels<sup>1)</sup> 1948 bis 1951

Jahr	OEEC-Staaten		Osteuropa <sup>2)</sup>		Sonstiges Europa		USA		Sonstige Übersee	
	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A
	in % der gesamten Ein- bzw. Ausfuhr									
1948	55.1	66.3	30.9	19.6	0.5	1.0	6.9	5.1	6.6	7.8
1949	58.1	59.9	24.1	25.0	0.8	1.2	5.6	3.0	11.4	10.9
1950	65.2	60.2	18.6	18.5	1.4	2.6	3.6	5.6	11.2	13.1
1951 <sup>2)</sup>	72.0	63.4	15.3	15.2	2.0	1.8	4.0	6.0	6.7 <sup>3)</sup>	13.6

<sup>1)</sup> Ohne direkte ERP-Lieferungen — <sup>2)</sup> UdSSR, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, CSR und Ungarn — <sup>3)</sup> Die Zahlen des Jahres 1951 sind mit denen der früheren Jahre nicht exakt vergleichbar, da die Handelsstatistik bis 1951 als Herkunftsland grundsätzlich das Erzeugungsland und als Bestimmungsland das Verbrauchsland verzeichnete, seit 1951 jedoch in beiden Fällen grundsätzlich das Handelsland. Der starke Rückgang des Anteils der Überseeimporte im Jahre 1951 dürfte nicht zuletzt auf diesen Umstand zurückzuführen sein.

## Entwicklungstendenzen des österreichischen Stromverbrauches

*Der starke Rückgang der ERP-Hilfe, aus deren Gegenwertsmitteln bisher der Ausbau der heimischen Energiewirtschaft überwiegend finanziert wurde, zwingt die österreichische Energieplanung zu einer grundsätzlichen Neuorientierung. Neue Finanzierungsquellen müssen erschlossen, die Ausfuhrprogramme überprüft, sowie mit realistischen Bedarfschätzungen und Finanzierungsmöglichkeiten abgestimmt werden. Der vorliegende Aufsatz greift ein Teilproblem der Energieplanung, die Entwicklungstendenz des Stromverbrauches, heraus und versucht, Anhaltspunkte über den Energieverbrauch in den nächsten Jahren zu gewinnen.*

### Sprunghafte Verbrauchssteigerung seit Kriegsende

Der Verbrauch der österreichischen Wirtschaft an elektrischer Energie zeigt seit Ende des ersten Weltkrieges drei deutlich voneinander unterscheidbare Phasen:

a) In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen schwankte der Energieverbrauch mit dem Auf und Ab des Konjunkturzyklus. Einer Verbrauchssteigerung um 38% in der Wiederaufbau- und Konjunkturperiode 1918 bis 1929 (jährliche Steigerungsrate 3%) folgte in der Krise ein Rückschlag um 16% und schließlich ab 1933 wieder eine leichte Erhöhung. Im Jahre 1937 wurde wieder ebensoviel Strom verbraucht wie im Jahre 1929. Diese Schwankungen entsprechen ziemlich genau den Änderungen des realen Sozialproduktes im gleichen Zeitraum<sup>1)</sup>. Eine aus-

geprägte Elektrifizierungswelle, wie sie in der Zwischenkriegszeit andere Staaten erlebten, deren Stromverbrauch bedeutend rascher als Produktion und privater Konsum stieg, fehlte in Österreich.

b) Erst während der deutschen Besetzung und im Kriege machte die Elektrifizierung der österreichischen Wirtschaft rasche Fortschritte. Der gesamte Verbrauch, der in den 20 Jahren zwischen den beiden Weltkriegen nur um 38% gestiegen war, erhöhte sich von 1937 bis 1944 sprunghaft um 98%. Die jährliche Steigerungsrate betrug 10%. Diese starke Verbrauchszunahme war anfangs dem allgemeinen Steigen von Produktion und Beschäftigung zu danken. Später, als „Vollbeschäftigung“ erreicht war, forcierte

weil ein Teil des Stromverbrauches von den verfügbaren Produktionskapazitäten abhängt und daher ebenso wie diese nicht kurzfristig einem sinkenden Produktionsvolumen angepaßt werden kann. Dafür war aber auch die Verbrauchszunahme ab 1933 geringer, als der allgemeine Konjunkturaufschwung erwarten ließ.

<sup>1)</sup> Nur in der Krise Anfang der Dreißigerjahre ging der Stromverbrauch weniger stark zurück als das Sozialprodukt,